



Konflikttransformation und Friedensarbeit

Orientierungsrahmen der Ökumenischen Diakonie

Impressum

Herausgeber:

Diakonisches Werk der EKD e.V.

für die Aktion „Brot für die Welt“

und „Diakonie Katastrophenhilfe“

Stafflenbergstraße 76

70184 Stuttgart

Telefon: 0711/2159-0

Fax: 0711/2159-288

E-Mail: info@brot-fuer-die-welt.de, info@diakonie-katastrophenhilfe.de

www.brot-fuer-die-welt.de

www.diakonie-katastrophenhilfe.de

Redaktion: Martin Petry, Barbara Müller, Dr. Klaus Seitz

Lektorat und Layout: Jörg Jenrich, Katrin Gottwald

V.i.S.d.P: Thomas Sandner

Titelfoto: Paul Jeffrey

Druck:

Gedruckt auf Recycling-Papier

Art.Nr.: 124 318 010

Spenden:

Brot für die Welt, Konto 500 500 500, Postbank Köln, BLZ 370 100 50

Diakonie Katastrophenhilfe, Konto 502 707, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Stuttgart, Januar 2009

Konflikttransformation und Friedensarbeit

Orientierungsrahmen der Ökumenischen Diakonie

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Einleitung	6
1 Kontext des Orientierungsrahmens	9
1.1 Die Ökumenische Diakonie und ihr Auftrag	9
1.2 Friedenspotenziale religiöser Akteure	10
1.3 Aktuelle Herausforderungen	11
2 Wandel der Kontexte und der Arbeit in Konfliktsituationen	15
2.1 Kalter Krieg 1954-1989	15
2.2 Die Zäsur 1989 und die uneingelöste Friedensdividende	17
2.3 Ab 2001: Krieg gegen den Terror – Sicherheit statt Frieden	20
3 Grundorientierungen: Was wollen wir in Kontexten von Konflikt und Gewalt anstreben?	21
3.1 Konflikttransformation	21
3.2 Lokale Friedenspotenziale	22
3.3 Gender-Gerechtigkeit	23
3.4 Orientierung an Menschenrechten	24
3.5 Humanitäre Hilfe – ein Beitrag zum Frieden	25
4 Konsequenzen für unser Handeln	27
4.1 Gelebte Konfliktsensibilität	27
4.2 Dialog und Qualifizierung	28
4.3 Vielseitigkeit in der finanziellen Förderung: Personen – Organisationen – Netzwerke	29
4.4 Advocacy und Politikgestaltung	30
4.5 Öffentlichkeitsarbeit und ökumenisches Lernen	32
5 Regionale und thematische Schwerpunkte	34
5.1 Regionale Schwerpunkte	34
5.2 Thematische Schwerpunkte	34
6 Vom Orientierungsrahmen zur Aktion	36
Anhang Regionale Schwerpunkte	38
Literaturliste	44

Vorwort

Mit Dank an die Mitglieder der Projektgruppe „Zivile Konfliktbearbeitung“ und an Martin Petry, der als Berater auf Zeit (BAZ) das Thema koordinierte und dieses Dokument federführend formuliert hat, legen wir hier den Orientierungsrahmen „Konflikttransformation und Friedensarbeit“ vor.

Dieser Text ist nicht als finale Policy der Ökumenischen Diakonie zum Thema zu verstehen, sondern als Grundlage für den weiteren Dialog- und Qualifizierungsprozess der Ökumenischen Diakonie zu Fragen der Friedensarbeit und der zivilen Konfliktbearbeitung. Dafür werden neben der deutschen Ausgabe auch Übersetzungen in den vier Arbeitssprachen Englisch, Französisch, Spanisch und Portugiesisch bereitgestellt werden.

Die Kolleginnen und Kollegen der Abteilungen „Projekte und Programme“ und „Politik und Kampagnen“ ebenso wie die Diakonie Katastrophenhilfe sind aufgefordert, entlang bestehender Arbeitsbeziehungen den Partnerdialog zum Thema fortzusetzen und Anregungen für die Weiterentwicklung des Dokumentes hin zu einer Policy zu sammeln. Auf Grund der Bandbreite des Themas

sollte dieser Dialog fokussiert werden auf die Problematiken Rohstoffe, Land und regionale Schwerpunkte.

Für das Jahr 2009 erwarten wir eine Nachfolgebesezung der Beraterstelle „Zivile Konfliktbearbeitung“. Dies wird die Strukturierung und Bündelung des weiteren internen Diskussionsprozesses erleichtern ebenso wie die weitere Abstimmung mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst, für die wir uns perspektivisch die Zusammenführung der Policy-Formulierung beider Häuser zu ziviler Konfliktbearbeitung in einer gemeinsamen Strategie wünschen.

Der weitere Arbeitsdialog zum Thema mit Partnerorganisationen und nahen Entwicklungswerken wird zweifellos viele neue Anregungen für die Qualifizierung des Textes hervorbringen. Darauf freuen wir uns und wünschen ein gutes Gelingen.

Stuttgart, im Dezember 2008

Danuta Sacher
Leiterin der Abteilung Politik und Kampagnen
Brot für die Welt

Einleitung

Ein Orientierungsrahmen zu Konflikttransformation

„Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“. Diese Bitte an Gott, nach Lukas 1,79, ist zweitausend Jahre alt, aber höchst aktuell für die Arbeit der Ökumenischen Diakonie. Die Bitte beschreibt, dass wir Suchende sind und aufgefordert, Suchende auf dem Weg zum Frieden zu bleiben.

Die Ökumenische Diakonie versteht sich als Teil der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft, die sich seit Jahrzehnten auf vielfältigste Weise für Frieden und Gerechtigkeit einsetzt. Auch die Ökumenische Diakonie und ihre Partner haben sich seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts auf verschiedene Weise dafür engagiert und in vielen Zusammenhängen mitgewirkt bei der Suche nach Wegen zum Frieden.

Im Grundsatzdokument „Den Armen Gerechtigkeit“ (vgl. Diakonisches Werk der EKD 2000), in den strategischen Planungen verschiedener Abteilungen und der Förderpraxis genießen die Arbeit zur Überwindung von Gewalt und die Friedensarbeit einen hohen Stellenwert. Es gibt bisher aber keine ausformulierte Orientierung für diesen Schwerpunkt. Diese Lücke soll das vorliegende Dokument schließen. Es gibt konkrete Orientierung für die Arbeit und für die Mitarbeitenden der Ökumenischen Diakonie im weiten Feld der Friedensarbeit. Damit möchte die Ökumenische Diakonie ihr Engagement qualifizieren und kommunizieren. Sie sieht den Reflektions- und Umsetzungsprozess dieses Orientierungsrahmens als einen Beitrag zur „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ des Ökumenischen Rats der Kirchen. Mit dieser Dekade hat der Ökumenische Rat einen Raum für Reflektion und eine Plattform für gemeinsames Handeln geschaffen, „um die Friedensschaffung vom Rand in das Zentrum des Lebens und Zeugnisses der

Kirche zu bringen und um festere Bündnisse und eine bessere Verständigung zwischen Kirchen, Netzwerken und Bewegungen zu erreichen, die auf eine Kultur des Friedens hinarbeiten“.¹

Ganz im Sinne der Dekade möchte der Orientierungsrahmen anregen zu einer „ganzheitlichen Auseinandersetzung mit dem breiten Spektrum von direkter als auch struktureller Gewalt zu Hause, in Gemeinschaften und auf internationaler Ebene, und Lernen von lokalen und regionalen Analysen der Gewalt und Wegen zu ihrer Überwindung“.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass „häusliche Gewalt“ als Herausforderung und Handlungsfeld der Ökumenischen Diakonie in diesem Dokument nicht ausführlich reflektiert wird. Erfahrungen und Empfehlungen sind dokumentiert in der 2007 erschienenen Publikation „Häusliche Gewalt überwinden“ (Diakonisches Werk der EKD 2007).

Die Arbeit der Ökumenischen Diakonie ist zutiefst von ihren Partnern beeinflusst. So ist auch dieses Dokument Teil und ein erstes Etappenziel eines Prozesses, an dem Mitarbeitende und Partnerorganisationen in vielfältiger Weise beteiligt sind. Viele Partner leben und arbeiten in Ländern, die von gewaltsamen Konflikten geprägt sind. Sie und Mitarbeitende der Ökumenischen Diakonie haben sich in den letzten Jahren zunehmend damit auseinandergesetzt, wie sich Gewalt und bewaffnete Konflikte auf ihre Programme auswirken und welche Wirkungen die Programme auf die Konflikte haben. Sie haben Programme und Aktivitäten entwickelt und umgesetzt, die dazu beitragen, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten und Gewalt zu überwinden. Ihre Anliegen und Vorschläge, ihre Erkenntnisse und Erfahrungen sind hier eingeflossen.

Der Orientierungsrahmen möchte Konzept-Diskussionen, Erkenntnisse und Wege zur Überwindung von Gewalt und der zivilen Bearbeitung von Konflikten beschreiben.

¹ <http://gewaltueberwinden.org/de/ueber-die-dekade.html>

Ein Problem im Dialog und der Formulierungsarbeit war und ist die verwirrende Vielfalt der Begrifflichkeiten in der Friedensarbeit. Wir verwenden in diesem Orientierungsrahmen den Begriff „Konflikt“ in seiner breiten Bedeutung, als eine Auseinandersetzung zwischen Individuen oder Gruppen um vermeintlich unvereinbare Ziele.

Konflikt darf aber nicht mit Gewalt verwechselt werden, denn in seiner konstruktiven Form ist Konflikt ein Motor des Wandels, unvermeidbar und kreativ. Wenn jedoch Konflikte eskalieren und Konfliktparteien zur Gewalt greifen, entfaltet sich das destruktive Potenzial von Konflikten.

Auch wenn wir ein breites Verständnis von Konflikt haben, so geht es in diesem Orientierungsrahmen wesentlich darum, wie unsere Arbeit in Kontexten, in denen Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden, gestaltet werden kann – wie die Ökumenische Diakonie und ihre Partner zur Überwindung von Gewalt beitragen können. Bewusst wird der Begriff „Konflikttransformation“ verwendet, ein Begriff und Konzept, das im Kontext von Gewalt auf die Entwicklung und Gestaltung von neuen Beziehungen und gerechteren sozialen Strukturen zielt. Konflikttransformation möchte Gewaltanwendung ausschließen und es möglich machen, dass man Konflikte eingehen kann, ohne Gewalt befürchten zu müssen.

Dieser Orientierungsrahmen ist eine erste Positionierung. Er wird sich dynamisch weiterentwickeln. Denn die Wege zur Transformation langandauernder bewaffneter Konflikte wie im Darfur, in Kolumbien, in Israel und den Palästinensischen Gebieten, im Kongo oder den Philippinen sind oft verschlungen, unübersichtlich und von Rückschlägen gezeichnet. Überforderung und Ratlosigkeit begleiten diejenigen, die nach Auswegen suchen. Doch es gibt Grund zur Hoffnung, denn immer wieder entstehen neue Ideen und Ansätze, und es gibt auch Erfolge zu verzeichnen.

An diesen positiven Erfahrungen setzt dieser Orientierungsrahmen an. Er will helfen, Stärken zu erkennen und systematisch auszubauen, Schwächen zu verringern und bei allen Defiziten und Beschränkungen

die eigenen Möglichkeiten konsequent zu nutzen. Fortschreibungen dieses Papiers werden daher notwendig werden.

Der Orientierungsrahmen beruht auf der Praxis der Konfliktbearbeitung von Partnern und Mitarbeitenden. Eine zunehmende Zahl von Partnerorganisationen integriert Aktivitäten in ihre Entwicklungsprogramme, die explizit zur Überwindung von Gewalt, zur Gewaltprävention und zur gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten beitragen. Andere setzen Programme um, die abzielen auf die Verbreitung und Entwicklung von Instrumenten, Beziehungen, Kompetenzen und Institutionen, die eine gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten ermöglichen soll oder engagieren sich in verschiedenen Rollen in der Transformation von konkreten Konflikten.

Menschenrechtsorganisationen suchen nach Wegen, ihre Arbeit auch in zerfallenden Staaten zu organisieren. Mittlerweile haben viele Partner profunde Erfahrungen gesammelt und Kompetenzen erworben. Hierüber wünschen sich Partner und Mitarbeitende einen vertieften Austausch.

Im laufenden Reflektionsprozess haben die Beteiligten Erfahrungen ausgetauscht, experimentiert, nationale Prozesse initiiert und Instrumente entwickelt. Positionsentwicklungs- und Umsetzungsprozesse gehen Hand in Hand. Deshalb wurde in der Ökumenischen Diakonie eine Projektgruppe eingerichtet, die sich kontinuierlich mit der Thematik befasst. Mitarbeitende wurden fortgebildet, und aus den Fortbildungsmaßnahmen sind Handreichungen zu den Themen Konfliktanalyse, Traumaarbeit sowie Konflikt und Gender entstanden. In den Palästinensischen Gebieten und den Philippinen haben intensive Austausch- und Vernetzungsprozesse begonnen. Instrumente, Kooperationen und Modellaktivitäten für öffentlichkeitswirksame Aktionen wurden entwickelt und getestet.

Die Ökumenische Diakonie erwartet vom weiteren Dialogprozess:

- Orientierung für die eigene Arbeit in Kontexten gewaltsamer Konflikte;

- Verbesserte Fähigkeiten zum Austausch über Frieden und Konflikttransformation mit anderen, im Besonderen mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst;
- Größere Fähigkeiten, konfliktschwere Entwicklungen zu verstehen und zu prognostizieren;
- Stärkere Sensibilität, inwieweit das eigene Handeln Gewalt vorbeugt oder mindert;
- Größere Kohärenz, Synergie und Nachhaltigkeit im Handeln.

Der Orientierungsrahmen beschreibt die Erfahrungen, an denen sich die Arbeit entwickelt hat. Er umreißt Grundorientierungen, gibt Handlungsempfehlungen und skizziert Handlungsschwerpunkte der Ökumenischen Diakonie im Bereich der Konflikttransformation.

1 Kontext des Orientierungsrahmens

1.1 Die Ökumenische Diakonie und ihr Auftrag

Die Partner der Ökumenischen Diakonie stehen in den Konflikten in ihren Ländern an vorderster Stelle. Wir, die Ökumenische Diakonie, wollen für sie eine kompetente Partnerin sein. Bei unseren Partnern bündeln sich alle Herausforderungen, die Konflikte mit sich bringen. Unsere Partner müssen produktive, soziale Konflikte vorantreiben, um in ihren Gesellschaften Entwicklungschancen zu wahren und zu ermöglichen. Sie sind mit gewaltsamen Konflikten konfrontiert, in denen sie Menschenleben schützen und Gewalt stoppen müssen. Unter widrigsten Umständen organisieren sie Humanitäre Hilfe und Schutz für Menschen, die durch Krieg und Gewalt bedroht und verfolgt sind. Dafür müssen sie maßgeschneiderte und situationsgerechte Vorgehensweisen entwickeln. Das erfordert große Flexibilität und Durchhaltevermögen. Diese Arbeit leisten unsere Partner unter hohem Risiko.

In der Ökumenischen Diakonie sind Akteure mit unterschiedlichen Mandaten, Arbeitsweisen, Erfahrungen und Profilen vereint. Diese notwendige Verschiedenartigkeit ist eine Stärke. Der vorliegende Orientierungsrahmen zielt darauf ab, innerhalb der Ökumenischen Diakonie die Diversität der Rollen und die Kohärenz des Handelns weiterzuentwickeln. Drei zentrale Ansätze sind zu unterscheiden: der entwicklungspolitische, der menschenrechtliche und der Ansatz der Humanitären Hilfe.

„Brot für die Welt“ steht an der Seite der Armen und fordert deren grundlegendsten Rechte und ein menschenwürdiges Dasein ein. Zwangsläufig führt das in die Auseinandersetzung mit den Kräften, die genau dies verhindern, nicht nur in den Ländern der Partner. In Deutschland und Europa profitieren wir nach wie vor von

den ungleichen Macht- und Verteilungsverhältnissen, die durch die Globalisierung verändert und vertieft worden sind. Daher ist der Name „Brot für die Welt“ ein Programm und der Titel des Grundsatzpapiers „Den Armen Gerechtigkeit“ eine Herausforderung zur Einmischung und zur Auseinandersetzung mit den Akteuren und Strukturen, die Ungerechtigkeit schaffen und zementieren.

Im Team Menschenrechte wurde in den 1970er Jahren der menschenrechtliche Ansatz entwickelt. Er unterstützt Menschen, die in Konfliktsituationen für ihre Rechte und die Rechte anderer eintreten und deswegen verfolgt werden. Nicht selten ist das Leben dieser Menschen, der Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen, gefährdet. Sie helfen Betroffenen, zu Beteiligten zu werden. Indem diese gestärkt werden, können sie ihre eigenen Forderungen und Bedürfnisse artikulieren, auf die politische und öffentliche Agenda setzen und in der politischen Auseinandersetzung verfolgen. Die Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger wollen den menschenrechtlichen Standards zur Geltung verhelfen. Damit erreichen sie gesellschaftliche Veränderung – eine Transformation von Ursachen und Strukturen, die ungerechte Verhältnisse geschaffen hatten und aufrecht erhielten.

Die Diakonie Katastrophenhilfe spielt eine andere Rolle. Sie muss sich dafür einsetzen, dass ohne jegliche Diskriminierung alle Menschen gemäß ihrer Not das Recht auf Humanitäre Hilfe und humanitären Schutz haben. Dabei folgt die Diakonie Katastrophenhilfe explizit den Grundsätzen, die im Verhaltenskodex² für humanitäre Hilfsorganisationen und im humanitären Völkerrecht festgelegt sind. Aus diesem leiten sich Pflichten für die Konfliktparteien und die humanitären Hilfsorganisationen sowie Rechte der vom Konflikt betroffenen Zivilbevölkerung ab. Auftrag der Diakonie Katastrophenhilfe in Konfliktsituationen ist daher, die Konfliktparteien auf diese Verpflichtungen festzulegen und selbst diese Regeln in ihren Hilfsmaßnahmen einzuhalten. Gleichzeitig haben sich bei einer Reihe

² Siehe: <http://www.gdrc.org/ngo/codesofconduct/ifrc-codeconduct.html>

von Partnern Ansätze und Strategien entwickelt, die über die drei Ansätze hinausgehen. Sie werden heute mit den Begriffen „zivile Konfliktbearbeitung“ oder „Konflikttransformation“ beschrieben.

1.2 Friedenspotenziale religiöser Akteure

Kirche in ihren ökumenischen Zusammenhängen hat den einzigartigen Vorteil, dass sie sich für Frieden und Gerechtigkeit auf allen Ebenen engagieren kann und engagiert. Dazu gehört auf der einen Seite, das Eskalationspotenzial von Religionen zu kennen und sorgsam damit umzugehen; auf der anderen Seite, das Versöhnungspotenzial zu entfalten und seine moralische Autorität in die Waagschale zu werfen. Grundorientierungen wie Feindesliebe und Gewaltlosigkeit sind in verschiedenen Religionen zu finden und bilden die Basis für einen interreligiösen Dialog.

Dadurch, dass Religionen tief in den gesellschaftlichen Strukturen verankert sind, haben sie eine hohe Durchlässigkeit und können glaubwürdig lokale Ereignisse mit Entwicklungen auf anderen Ebenen verknüpfen. Der gute Zugang religiöser Akteure zu unterschiedlichen Konfliktparteien ermöglicht es insbesondere in Konfliktsituationen, konstruktive Rollen zu spielen und Brücken zu bauen.

Mehr noch: Religionen verkörpern das Element von Transzendenz, und auch die Transformation von Konflikten muss über das „Hier und Jetzt“ hinausblicken können. Die Hoffnung auf ein besseres Morgen muss Wurzeln haben, die tiefer reichen als die Brutalität der Gegenwart. Religionen können Menschen die Kraft geben, die sie in ausweglosen Situationen ausharren lässt. Menschen, die sich von dieser Kraft getragen wissen, werden sich immer wieder neu auf den Weg machen und niemals aufgeben. Bei der Auswertung verschiedener Initiativen religiöser Akteure (z.B. Weingardt 2007) hat sich gezeigt, dass

- religiöse Akteure weniger erklären und rechtfertigen müssen, warum sie sich in einem bestimmten

Konflikt für Frieden und gegen Gewalt einsetzen. Das passiert selbst in religiös aufgeladenen Konflikten. Sie dürfen den Konfliktbeteiligten die Auseinandersetzung mit heiklen Themen zumuten;

- religiöse Akteure auch dadurch Vertrauen erlangen, dass gerade sie die tiefer liegenden Schichten wie Moral und Verantwortung, Unrecht und Gerechtigkeit, Schuld und Vergebung, Verletztheit und Versöhnung, unter Umständen auch interethnische oder interreligiöse Spannungen (Vorurteile, Stereotypen, Intoleranz) zur Sprache bringen;

- religiöse Akteure sehr oft als zumindest weitgehend unabhängig und gerecht angesehen werden und bei ihnen seltener eigennützige Interessen vermutet werden.

Diese Aspekte wurden der Ökumenischen Diakonie in einer Reihe von Ländern deutlich. In Angola, Kenia, Mexiko, Südafrika und Sudan – um nur einige Beispiele zu nennen – haben gerade die kirchlichen Partner der Ökumenischen Diakonie wesentlich zur Überwindung von Gewalt und zur Versöhnung beigetragen. Dabei sind Kooperationen, Kooperationsformen und Initiativen entstanden, die Anregung für andere Kontexte geben können.

Glaubwürdigkeit, Uneigennützigkeit, moralische und ethische Werte, Integrität und Vernetzungsfähigkeit zeichnen auch säkulare Akteure der Konfliktbearbeitung aus. Sie sind im Grunde Gemeingut aller, die in der Konfliktbearbeitung eine sinnvolle Rolle spielen wollen. Hinsichtlich religiöser Akteure ist jedoch in den letzten Jahren vor allem das Konflikt verschärfende Potenzial von Religionen ins öffentliche Bewusstsein gerückt und die friedensstiftende Kraft oft ausgeblendet geblieben.

Religiösen Akteuren scheint z.T. noch das Selbstvertrauen in ihre Fähigkeit zu fehlen, in besonderem Maße eine friedensstiftende Rolle zu spielen. Es muss deswegen darum gehen, religiöse Akteure aufzurufen, stärker als bisher ihr Potenzial als besondere gesellschaftliche Kräfte in die Waagschale zu werfen und weiterzuentwickeln. Dort wo sie die entsprechende Kompetenz, Glaubwürdigkeit, Unabhängigkeit und Verbundenheit

mit den Konfliktbeteiligten haben, sollten sie mehr als bisher tun, diese Fähigkeit einsetzen und zur Konflikttransformation nutzen.

Für die Ökumenische Diakonie liegt es nahe, das ur-eigenste Potenzial zur Konflikttransformation als kirchlicher Akteur nicht brachliegen zu lassen, sondern die eigenen Stärken zielstrebig weiterzuentwickeln. Die Ökumenische Diakonie nimmt sich deshalb im Besonderen vor, nationale und regionale ökumenische Initiativen und Strukturen in ihrem Engagement für Konflikttransformation zu stärken und zu unterstützen sowie interreligiöses Engagement für Frieden und Versöhnung zu fördern.³

1.3 Aktuelle Herausforderungen

Zu den Ländern und Regionen, in denen im Jahr 2007 sowohl von „Brot für die Welt“ als auch von der Diakonie Katastrophenhilfe eine große Zahl von Projekten gefördert wurde, gehören in Afrika Somalia, Demokratische Republik Kongo, Sudan und Tschad. In Lateinamerika und der Karibik sind es Kolumbien und Haiti und in Asien die Philippinen, Indonesien, der Nahe Osten und Indien. Diese Länder sind besonders geprägt von gewaltsamen Konflikten und werden z.T. seit Jahren im Konfliktbarometer⁴ des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung geführt. Kaum eine Konfliktsituation gleicht der anderen.

Bei den Konflikten geht es um Macht, territoriale Auseinandersetzungen mit Nachbarländern, um den Zugang zu Ressourcen (wie Wasser und Land), um bedrohten Lebensraum und Identität, um vermeintlich religiöse Fragen oder die Ausbeutung von Rohstoffen. Zunehmend treiben wirtschaftliche Ungleichheit, Korruption und extreme Armut Gewaltkriminalität und

Gewaltkonflikte an. Oftmals sind mehrere Konfliktgegenstände und -ursachen miteinander verquickt und verstärken sich gegenseitig.

Ganz unterschiedlich stellt sich in diesen Ländern die Gewaltsituation dar. In manchen Ländern sind Anschläge und gewaltsame Zusammenstöße an der Tagesordnung, in anderen ist das Gewaltpotenzial existierender Konflikte kaum sichtbar. Aber wie schnell eine politische Auseinandersetzung beinahe in einen Bürgerkrieg umschlagen kann, hat sich Anfang 2008 in Kenia gezeigt. Andere Länder stecken in einem hoch eskalierten Konflikt fest, in dem immer wieder mit dem Ausbruch militärischer Gewalt gerechnet werden muss. Die Sicherheitslage für Partner, die Menschenrechts- und Friedensarbeit leisten, ist dort sehr prekär. Die Ereignisse des Jahres 2008 im Tschad und Kenia zeigen, wie notwendig kontinuierlich arbeitende internationale Netzwerke sind, um in akuten Krisensituationen alle Hebel in Bewegung setzen zu können, damit wenigstens die Protagonisten der gewaltlosen Konflikttransformation geschützt werden können. Sie sind in vielen Fällen die ersten, die Schaden nehmen an Leib und Leben.

Die Komplexität der Konflikte erklärt, weshalb bei den Partnerorganisationen ganz unterschiedliche Themen an erster Stelle stehen, wenn es um Konflikttransformation geht. Sie setzen an bei Armut und Hunger, Globalisierung und Rohstoffen, Wahlen und Demokratisierung. Ihre Sorgen kreisen um Gewaltausbrüche, Jugendgewalt und Exklusionszonen. Sie helfen Kindern in bewaffneten Konflikten und versuchen Kleinwaffen zurückzudrängen. Nach dem Ende von Kriegen engagieren sie sich beim Wiederaufbau und der Entwicklung einer legitimen Staatlichkeit. Sie suchen Recht und Gerechtigkeit für die Opfer von Krieg und Gewalt. Sie treten für eine Kultur der Gewaltfreiheit ein, for-

³ Neben der Förderung und Beteiligung von entsprechenden Initiativen unserer Partner kann dies konkret geschehen durch die Beteiligung am Weg zur Friedenskonvokation in Jamaika in 2011 der „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ und der Mitwirkung in der geplanten „Friedenskonferenz im Raum der EKD“.

⁴ Siehe: www.hiik.de/de/konfliktbarometer/index.html

dern und fördern Friedenspädagogik und streben nach Versöhnung von verfeindeten Gruppen auf der Basis von Wahrheit und Gerechtigkeit. Die Unterzeichnung eines Friedensabkommens ist keine Garantie für ein friedliches Zusammenleben ehemals verfeindeter Volksgruppen. Damit in einer Nachkriegsgesellschaft nachhaltiger Frieden und ein neues Gemeinschaftsgefühl entstehen können, braucht es eine umfassende Vergangenheitsarbeit. Dazu sind in den letzten Jahren Initiativen und Konzepte entstanden, die mit dem Begriff „Transitional Justice“ beschrieben werden (vgl. Plattform Zivile Konfliktbearbeitung 2007).

Die Herausforderungen an Humanitäre Hilfe, Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedensarbeit sind komplex geworden. Diese Arbeit findet heute vielfach in einem Umfeld von fragiler oder nicht (mehr) vorhandener Staatlichkeit statt. Um Frieden langfristig zu sichern, müssen Menschenrechte geachtet, geschützt und aktiv verwirklicht werden. Es braucht stabile demokratische Verhältnisse und Möglichkeiten, um Konflikte konstruktiv und gewaltfrei zu transformieren. Frieden wird möglich, wenn sich eine starke Zivilgesellschaft, eine unabhängige Justiz, soziale Grundversorgung, transparente öffentliche Finanzen und ein Wirtschaftssystem, das der Bevölkerung ein ausreichendes Einkommen sichert, entwickeln. Doch in vielen Ländern sind weder die staatlichen noch die internationalen Akteure willens oder in der Lage, dies Wirklichkeit werden zu lassen. Für alle Arbeitsansätze der Ökumenischen Diakonie und ihrer Partner stellen diese Kontexte eine ganz besondere Herausforderung dar, die intensiver Recherche und Reflektion bedarf.

Dabei werden sie durch aktuelle Entwicklungen auf der internationalen Ebene nicht unterstützt. Nach dem 11. September 2001 und dem folgenden „Krieg gegen den Terror“ hat die Ideologisierung von Konflikten erneut zugenommen. Eine an pseudo-religiösen Erklärungen angelehnte Argumentation sucht die Welt in Gute und Böse zu polarisieren. Mit den Bedrohungsszenarien des internationalen Terrorismus und der atomaren Schurkenstaaten wurden der Interventionsradius und die Legitimation zu militärischer Intervention noch erweitert und demokratische Freiheiten eingeschränkt. In

ihren Ländern machen Partner die Erfahrung, dass ihre Regierungen den Antiterrorkampf zur Kriminalisierung derer instrumentalisieren, die für Veränderung eintreten.

Die Auseinandersetzung darüber, ob militärische Interventionen ein geeignetes Mittel zur Beendigung von Konflikten sind, ist in vollem Gange. Begriffe wie „humanitäre Interventionen“ oder „Krieg für die Menschenrechte“ transportieren Versprechen, die bei genauem Hinsehen kaum eingelöst werden. Doch der Druck nimmt zu, dass sich zivile Herangehensweisen einer Gesamtlogik unterordnen, die durch militärisches Denken geprägt ist.

Das bekommt auch die Entwicklungszusammenarbeit zu spüren und reagiert darauf. Militärische Interventionen – so Misereor, EED und „Brot für die Welt“ (2003) in einer gemeinsamen Stellungnahme – verändern die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit, wenn sie von Anfang an zur indirekten Finanzierung von Kriegen eingeplant wird. Die öffentliche Aufmerksamkeit verlagert sich auf den Wiederaufbau und Humanitäre Hilfe zu Ungunsten langfristiger Strategien der Armutsbekämpfung, der Menschenrechtsarbeit und dem Aufbau demokratischer Strukturen. Es zählen schnell sichtbare Ergebnisse.

Die Vereinnahmung in militärische Unternehmungen stellt die Grundlagen Humanitärer Hilfe in Frage. Nicht nur birgt die Nähe zum Militär für zivile internationale Helfer ein hohes Sicherheitsrisiko. „Zudem“, so heißt es in der Stellungnahme, „verlieren Hilfsorganisationen in Konfliktgebieten ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie sich unter den erklärten Schutz einer der Konfliktparteien begeben und mit ihr identifiziert werden“ (Brot für die Welt, EED, Misereor 2003). Ihr Ansatz, gewaltfreie Lösungen für Interessenskonflikte zu unterstützen, bricht zusammen, wenn sie mit bewaffnetem Militär gleichgesetzt werden. Zu befürchten ist, dass durch die Aushöhlung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der humanitären Hilfe, die vor allem im Irak beobachtet werden kann, langfristig das humanitäre Völkerrecht missachtet wird. „Dann hätte die Völkergemeinschaft keine Instrumente mehr, um die verheerenden Wirkungen von kriegerischer Gewalt auf die Zivilbevölkerung einzudämmen“

(ebd.). So sieht sich die Diakonie Katastrophenhilfe vor der Herausforderung, dass es insbesondere in extremen Gewaltsituationen zunehmend schwieriger wird, Hilfe zu leisten. Konfliktparteien versuchen, Humanitäre Hilfe zu missbrauchen, zu behindern und zu verfolgen. Internationale militärische Interventionen versuchen, Humanitäre Hilfe in ihre Eigeninteressen einzubinden und ihre Neutralität und Unabhängigkeit zu verwischen. „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe verwahren sich in einer weiteren Erklärung 2004 vor einer Vereinnahmung in diesem Sinne, dass „die Herstellung sicherer Arbeitsbedingungen für Hilfsorganisationen dazu benutzt (wird), militärische Einsätze zu legitimieren“.

Entwicklungen wie die Globalisierung vertiefen die Zerklüftungen zwischen Gewinnern und Verlierern. Die Risse zeigen sich auch innerhalb einzelner Gesellschaften. Das innergesellschaftliche Konflikt- und Gewaltpotenzial wird voraussichtlich nicht abnehmen. In ressourcenreichen Ländern haben sich Milieus entwickelt, die kein Interesse am Frieden haben, da Krieg ihnen Reichtum beschert. Längst sind illegale und legale Geschäfte in Bürgerkriegsländern zu sogenannten Gewaltökonomien verquickt. Mit dem Klimawandel und der Verknappung wertvoller Rohstoffe zeichnet sich eine weitere Verschärfung von Konflikten ab. Vergleichsweise glimpflich könnten die meisten OECD-Staaten davonkommen, deren Wirtschaftsweise bis heute hauptverantwortlich für eine globale Erwärmung ist, die in der Geschichte der Menschheit bislang unbekannt war. Lateinamerika, das südliche Afrika und Teile Südasiens werden die Hauptverlierer dieser Entwicklung sein. Rohstoffabbau zerstört schon seit Jahrzehnten den Lebensraum von vielen Millionen Menschen, der Klimawandel wird weiteren Lebensraum unwiederbringlich zerstören. Noch bleibt für die Menschheit eine kurze Frist, um die Weichen neu zu stellen. Soll eine solidarische Welt möglich sein, dann werden große Veränderungen erforderlich, gerade auch für die Menschen im reichen Norden der Erdhalbkugel.

Alle Menschen haben ein Recht auf Leben und Nahrung. Hungerrevolten und explodierende Preise für Nahrungsmittel gefährden die Verwirklichung dieser

Rechte. Aus den Leitbildern müssen einklagbare Rechte werden. Das bedeutet, dass Menschen im Norden lernen müssen zu teilen, damit Menschen im Süden stärker als bisher zu ihren Rechten kommen.

Es gibt eine direkte Verbindung zwischen rascher Ausbreitung von HIV/Aids und Krieg. Krieg und Gewalt zerstören Lebensraum und Gesundheitseinrichtungen, sie trennen Familien und fördern Prostitution. Kriegsparteien setzten Vergewaltigungen als Kriegsstrategie ein. All dies führt zu einer Verbreitung von HIV und Aids in den Kriegsgebieten.

Die Herausforderung durch aktuelle Konflikte und einschneidende Umbrüche findet in den Medien einen überaus großen Widerhall. Gleichzeitig bestimmt die mediale Darstellung von Konflikten und Katastrophen wie nie zuvor, wo welcher Handlungsdruck zu bestehen scheint. Mit der Wirklichkeit – insbesondere der Partner – hat das in der Regel wenig zu tun. Zusammenhänge werden kaum aufgezeigt. Die existierenden Kompetenzen und unternommenen Anstrengungen für Frieden in diesen Ländern finden keine Beachtung. Dadurch entsteht ein Bild der Zerstörung von vielen Regionen der südlichen Halbkugel und der Eindruck, dass Frieden unmöglich ist.

Angesichts solcher Herausforderungen nicht zu verzagen, sondern Mut zu machen, das Mögliche anzupacken, das ist das Ziel dieses Papiers. Dabei dürfen wir uns nicht überfordern. Synergie ist nicht nur ein gern strapaziertes Schlagwort, sondern in diesem Arbeitsfeld eine unabdingbare Notwendigkeit. Das Arbeitsfeld ist noch jung – „Konflikttransformation“ als Begriff ist noch keine zwanzig Jahre alt. Die Ziele von Konflikttransformation jedoch – Frieden, Entwicklung und Gerechtigkeit – sind seit jeher Grundorientierungen und Grundherausforderungen für die Ökumenische Diakonie. Abhängig von den Kontexten der Arbeit, ist sie ihnen mit unterschiedlichen Ansätzen gefolgt. Grundlegende und weit reichende Veränderungen in den Kontexten haben dazu geführt, dass heute insbesondere gewaltsame Konflikte als eine Herausforderung begriffen werden, die eigenständige Ansätze wie Konflikttransformation erforderlich macht. Im Folgenden werden die Wandlungen im

zeitlichen Kontext beschrieben, weil sie deutlich machen, wie sich die Akzente des Spannungsfelds von Entwicklung, Frieden und Gerechtigkeit immer wieder neu verschoben haben. Sie machen die unterschiedlichen Rollen und Ansätze sichtbar, die in der Ökumenischen Diakonie entwickelt wurden. Diese Erfahrungen bilden die Grundlage, auf denen Diversität verstanden und Kohärenz entwickelt werden kann.

2 Wandel der Kontexte und der Arbeit in Konfliktsituationen

2.1 Kalter Krieg 1954-1989

Die Rahmenbedingungen

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland fest in die Allianz der Siegermächte in Ost und West eingebunden. Der Ost-West-Gegensatz bestimmte die Weltsicht, die Handlungsimpulse und deren Grenzen. Die atomare Aufrüstung führte immer wieder an den Rand globaler Konfrontationen. Der Ost-West-Konflikt galt als die zentrale Erklärung für viele Konfliktereignisse in der Welt. Kriege in anderen Kontinenten wurden vor allem als Stellvertreterkriege gesehen und Konflikte kaum in ihrer Komplexität und jeweiligen Besonderheit wahrgenommen. Abgeleitet von diesem großen Erklärungsmuster wurde auch die Entwicklungshilfe konzipiert und verstanden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden viele ehemalige Kolonien in die staatliche Unabhängigkeit entlassen. Welche Entwicklungsrichtung würden sie einschlagen? Die Auswahlmöglichkeiten waren durch den Ost-West-Konflikt im Grunde vorgegeben und die Suche nach eigenständigen Wegen schwierig und von Sanktionen bedroht.

Positionierungen und Veränderung in der Wahrnehmung und Bearbeitung von Konflikten

Als 1954 die Diakonie Katastrophenhilfe gegründet wurde, wurde erstmals die Aufgabe einer Katastrophenhilfe für das Ausland institutionalisiert unter dem Leitgedanken: „Not- und Aufbauhilfe schafft Frie-

den“. Wenige Jahre später, 1959, wurde „Brot für die Welt“ in Berlin gegründet. In den ersten Jahren der Spendenaktionen ging man davon aus, dass mit Entwicklungshilfe ein wesentlicher Aufschwung in den armen Ländern des Südens erzielt werden könnte. Die Aktion „Brot für die Welt“ war ein „Dankeschön an die Welt“ – für alle empfangene Hilfe zum Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Es war an eine Starthilfe für Entwicklung gedacht, entsprechend den Vorstellungen von Entwicklung der westlichen Welt.

„Entwicklung“ wurde zunächst nicht als potenziell konfliktgeladen verstanden. Dies änderte sich mit den Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen in den 1960er Jahren. Die Forderung nach Teilhabe, sozialer Gerechtigkeit, Entwicklungschancen und den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen führte in den Partnerländern dazu, dass sich neue, zivilgesellschaftliche Akteure formierten.

Ein Vordenker und Vorkämpfer dessen, was heute unter Zivilgesellschaft verstanden wird, war Paulo Freire.⁵ Seine Botschaft führte hin zu Programmen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellten. Die damals noch wenigen Entwicklungs- und humanitären Organisationen im Norden begannen, politische Position zu beziehen und auf Missstände hinzuweisen.

In der Frage, ob und wie weit Partner in gewaltsamen Auseinandersetzungen zu unterstützen seien, schieden sich die Geister. Ob diese Gewaltanwendung in befreiender Absicht selbst eine problematische Entwicklung auslösen oder verstärken würde, wurde in den gewaltfreien Bewegungen und Organisationen diskutiert, die – inspiriert durch das Vorbild Martin Luther Kings – eindeutig Position für Gewaltfreiheit bezogen. Der ent-

⁵ Paulo Freire (1921-1997) hat als Pädagoge Hoffnungen geweckt und bestärkt wie nur wenige Menschen in seinem Jahrhundert. Mit seinem dialogischen Prinzip hat er neue Wege der Beziehungen zwischen Lernenden und Lehrenden gezeigt. Seine Arbeit stärkte weltweit demokratische Basisprozesse. Er war der Pädagoge der Unterdrückten und vermittelte die Pädagogik der Hoffnung. Die Sozialpastoral Lateinamerikas und die Theologie der Befreiung wurden von ihm beeinflusst. Er entwickelte eine Alphabetisierungsmethode, mit der innerhalb von 40 Unterrichtsstunden Lesen und Schreiben erlernt werden konnte. Diese Methode machte Paulo Freire bei Diktatoren verhasst, sodass er nach dem Putsch in Brasilien verhaftet und anschließend aus seinem Land ausgewiesen wurde. In Chile erarbeitete er anschließend für die UNESCO ein ähnliches Alphabetisierungsprogramm. Der Weltkirchenrat in Genf war ihm nach dem chilenischen Putsch lange Zeit eine neue Heimat.

stehenden Solidaritätsbewegung ging es um Befreiung und Emanzipation. Für sie erschien es ein Akt der Bevormundung, Menschen die Art ihres Kampfes gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung vorschreiben zu wollen.

„Gerechtigkeit und Frieden in einer interdependenten Welt“ wurde seit der Weltkirchenkonferenz in Uppsala 1968 zum Leitthema kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit. Dabei wurde der Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit konkret ausformuliert:

„Dieser Einsatz für Gerechtigkeit in der ganzen Welt ist zugleich ein wirkungsvoller Beitrag zum Frieden. Denn im umfassenden Sinn der biblischen Verkündigung wie auch der politischen Wirklichkeit bedeutet Friede mehr als das Ruhen der Waffen oder auch das ständig bedrohte Gleichgewicht hoch gerüsteter Mächte. Ungerechte Verhältnisse im innenpolitischen wie im weltpolitischen Bereich stellen eine ständige Bedrohung des Friedens dar.“ (EKD 1973, 18)

„Den Frieden entwickeln“, das wurde für eine lange Zeit eine der zentralen Botschaften von „Brot für die Welt“. Gewaltsame Konflikte wurden als Antwort auf verwehrt Entwicklung verstanden, und Entwicklung als die friedliche Alternative zur Revolution.⁶ Die Humanitäre Hilfe in Katastrophen wurde von der Öffentlichkeit als unpolitisch und damit nicht konflikthaft gesehen – solange sie die ideologischen Grenzen nicht überschritt und Partei für den Westen war. Im Vietnamkrieg machte die Diakonie Katastrophenhilfe aber die Erfahrung, dass Menschen auf beiden Seiten unter Krieg, Gewalt und Not litten und Hilfe benötigten. Es war ein „Tabubruch“, als sie ihre Humanitäre Hilfe auf die Flüchtlinge im kommunistischen Norden ausweitete.

In den 1970er Jahren entwickelte sich die Menschenrechtsarbeit im Rahmen der EKD als Reaktion auf politische und soziale Krisen wie in Chile, Paraguay, Südafrika, Philippinen und Vietnam. Damals konzentrierte sich die Arbeit auf konkrete Unterstützung von Partnern der Kirchen und Werke.

Insbesondere die große Zahl von Flüchtlingen, die nach dem Putsch durch General Pinochet in Chile Zuflucht in der Bundesrepublik Deutschland suchten, führte 1977 zur Gründung des „Menschenrechtsreferats im Diakonischen Werk der EKD“. Ziel war vor allem, Menschenrechtsverteidiger vor Ort wirksam zu stärken und sie als Personen zu schützen.

Der Blick auf Konflikt und Frieden wurde in den 1970er Jahren differenzierter, und Frieden wurde zunehmend als ein Prozess verstanden. Im Aufruf der 13. Aktion (1971/72) von „Brot für die Welt“ heißt es:

„Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg, als der Stillstand der Waffen, als das Ende der Verachtung des Anderen und als die Bekämpfung der Not an ihren Ursachen. Frieden ist ein dynamischer Prozess, in dem sehr verschiedene Partner miteinander auf dem Fundament der gemeinsamen Menschenwürde die soziale Gerechtigkeit zu erarbeiten und zu verwirklichen suchen.“

Der „Konziliare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ versuchte jenseits des Denkens in Blockkategorien die tatsächlichen Menschheitsfragen zu thematisieren. Zwischen seiner Sechsten (1983) und Siebten (1991) Vollversammlung rief der ÖRK die Kirchen auf, als Teil ihres Kircheseins öffentliche Verpflichtungen einzugehen und gemeinsam gegen die Bedrohungen des Lebens in den Bereichen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

⁶ So heißt es in einer Anzeige von „Brot für die Welt“ aus dem Jahr 1972: „Wo Ungerechtigkeit, Existenzangst, Armut und Hunger Dauerzustand werden, fällt der Griff zur Waffe leicht. Wer die Augen nicht verschließt, weiß, dass für Millionen Menschen der südlichen Erdhälfte dieser Dauerzustand eingetreten ist, dass es einfach zum Leben nicht mehr reicht. Für sie gibt es nur zwei Möglichkeiten, ihre Lage zu ändern – mit Waffengewalt oder durch die friedliche Revolution der Entwicklung.“

vorzugehen. Partner und Mitarbeitende hatten vielfältige Kontakte zu Friedensbewegung und Konziliarem Prozess.

Dieser differenzierte Blick führte nicht zu spezifischen friedensschaffenden Maßnahmen, auch wenn die Vorstellung von „Frieden durch Entwicklung“ zunehmend in die Krise geriet. Gegen Ende der 1980er Jahre wandelte sich das Leitbild von Entwicklung. Deutlich wurde, dass Entwicklung nicht als ein Geschenk erwartet werden konnte, sondern nur mit politischer Partizipation und aktivem Einsatz zu erstreiten war. Hieraus entwickelte sich ein Ansatz, der sich bewusst an Rechten orientierte. In diesem Zusammenhang rückte die Bewusstseinsarbeit im Norden stärker ins Blickfeld, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit gewann an Bedeutung. Menschenrechte und Entwicklung konnten sich näher kommen.

2.2 Die Zäsur 1989 und die uneingelöste Friedensdividende

Die Rahmenbedingungen

Das Ende des Kalten Krieges im Jahr 1989 stellte in vielerlei Hinsicht eine Zäsur dar. Der bisherige Erklärungsansatz für globale Konfliktkonstellationen wurde hinfällig. Gleichzeitig lösten die Supermächte die Verbindungen zu den ihnen ideologisch nahestehenden Staaten in der damaligen „Dritten Welt“. Viele gerieten daraufhin in wirtschaftlichen Bankrott und politische Krisen, ihre sozialen Strukturen und meist repressiven Sicherheitssysteme zerfielen, die gemeinsame staatliche Ordnung zerbrach im Verteilungs- und Überlebenskampf der internen Gruppen. Die westlichen Reformrezepte zur wirtschaftlichen Globalisierung, die Welt nach dem freien Spiel der Kräfte und den Gesetzen des Marktes auszurichten, trugen das ihre dazu bei.

Für kurze Zeit gab es nach 1990 eine Hoffnung auf eine „Friedensdividende“: Kriege in Namibia, Mosambik, El Salvador und Kambodscha konnten durch Vermittlung beigelegt werden, und in vielen Ländern fanden erstmals demokratische Wahlen statt.

Nach 1990 wurden Konflikte kaum mehr auf ihre ideologische und weltweite Dimension hin betrachtet. Sie wurden nun als Konflikte zwischen lokalen Machtgruppen und Kriegsherren verstanden. Eine solche Interpretation veränderte die Rollen und Beziehungen zwischen den auswärtigen Helfern und den Partnern. Man war weniger parteilich für eine Konfliktpartei, sondern schaute mehr auf die Zivilbevölkerung, die zwischen die Fronten geriet.

Gleichzeitig kristallisierte sich die internationale Dimension dieser bewaffneten Konflikte deutlicher heraus, insbesondere wenn es um die Ausbeutung profitabler Rohstoffe ging. Längst sind illegale und legale Geschäfte in Bürgerkriegsländern zu sogenannten „Gewaltökonomien“ verquickt.

Nach Ende des Kalten Krieges sortierte sich die Staatengemeinschaft neu – auch hier waren Handlungsbeschränkungen weggefallen. Die deutsche Politik entwickelte zunehmend militärische Optionen und versuchte, die gesellschaftlichen Akteure in ihre Konzepte einzubinden.

Neue Begrifflichkeiten wie die der „humanitären Katastrophe“ halfen, eine entsprechende Akzeptanz in der Bevölkerung zu mobilisieren. Die Medien wurden ein entscheidender Akteur im Hinblick darauf, welche Krise mit welchem Zungenschlag thematisiert oder ausgeblendet wurde. Der Begriff der „humanitären Katastrophe“ sprach das Mitgefühl an und mobilisierte Humanitäre Hilfe für die Opfer – und erlaubte, Konflikte zu entpolitisieren und globale Hintergründe und Mitverantwortung in diesen Dramen auszuklammern.

Die neu entstehenden Konflikte im auseinanderbrechenden Jugoslawien, in Somalia und Ruanda produzierten auf der anderen Seite ein unerhörtes Maß an Gewalt. Das Desaster der Vereinten Nationen in Somalia, aber auch insbesondere der Völkermord in Ruanda warfen viele Fragen auf, im Besonderen wie in solchen Situationen der Schutz der Zivilbevölkerung gewährleistet werden kann und wie verhindert werden kann, dass Humanitäre Hilfe von Konfliktparteien missbraucht wird.

Positionierungen und Veränderung in der Wahrnehmung und Bearbeitung von Konflikten

Die Dilemmata, denen man sich Mitte der 1990er Jahre gegenüber sah, beschrieb Werner Lottje⁷ folgendermaßen:

„Die Kriegsszenarios sind außerordentlich entmutigend. (...) Die Antwort von Hilfsorganisationen und Kirchen kann nicht Entmutigung und auch nicht Hilflosigkeit und Nichtstun im politischen Bereich sein. Die Antwort kann auch nicht allein die Humanitäre Hilfe sein. (...) Notwendig ist, präventiv tätig zu werden.“

Kritisch vermerkte er:

„Entwicklungshilfeorganisationen machen weitere Projekte, auch wenn diese bereits morgen in Flammen aufgehen könnten; Katastrophenhilfeorganisationen warten mit ihrem Einsatz, bis der Konflikt voll entbrannt ist, und die ersten Opfer zu beklagen sind. Dann läuft die Hilfsmaschinerie an; Menschenrechtsorganisationen dokumentieren die Verbrechen und die Namen der Opfer und versuchen die Schuldigen zu finden. Menschenrechtsarbeit ist davon geprägt, dass sie oft zu spät kommt. (...) Menschenrechtler sind herausgefordert, ihre Erkenntnisse in präventive Aktion umzusetzen.“ (Lottje 1994, S. 4 ff.)

Angesichts zerfallender Staaten und zunehmender innerstaatlicher bewaffneter Konflikte

„nehmen die Möglichkeiten zur Einflussnahme im Einzelfall ab. Die Notwendigkeit, Methoden zur Transformierung der Konflikte zur Anwendung zu bringen, nimmt zu.“

Durch allseitige Humanitäre Hilfe an die verschiedenen betroffenen Bevölkerungsgruppen und durch versöhnen-

den Diskurs versuchte die Diakonie Katastrophenhilfe z.B. in Jugoslawien, gegen Spannungen anzugehen und sich nicht von den einzelnen Konfliktparteien ausnutzen zu lassen.

In Bosnien widerstand man der neuen Versuchung, sich von der Bundeswehr für zivil-militärische Zusammenarbeit und in einseitige politische Projekte einbinden zu lassen. Im Kosovo grenzte sich die Diakonie Katastrophenhilfe bewusst von der „humanitären“ NATO-Intervention ab und leistete Humanitäre Hilfe an alle Verfolgten, auch aus den „gegnerischen“ Lagern.

Auch in Somalia blieb die Diakonie Katastrophenhilfe aktiv und leistete dort weiter solidarische Hilfe, als die westlichen Truppen und viele Hilfsorganisationen wieder abzogen.

In mehreren Fallstudien begann 1994 das Forschungsprojekt „Local Capacities for Peace“, dem Anspruch des „Do No Harm“ nachzugehen. Der Anspruch, zumindest keinen Schaden anzurichten, ist seitdem zu einer weithin anerkannten Richtschnur geworden, die gleichwohl nicht immer einfach einzulösen ist.

Angesichts der langen Liste von Gewaltsituationen und Herausforderungen wurde in der Entwicklungszusammenarbeit mehr als deutlich, dass das, was sie leistete, nicht ausreichte. Eine Entwicklungszusammenarbeit die diese Konflikte und Ungerechtigkeiten nicht gezielter und kreativer bearbeitete, konnte keinen wirklichen Beitrag zum Frieden leisten. Es begann ein Experimentieren mit neuen Aktions- und Arbeitsformen, mit neuen Partnern, und ein neues Lernen über Konflikt und Konfliktbearbeitung. Neue Strukturen wurden aufgebaut. So entstand 1997 die Arbeitsstelle Frieden und Konfliktbearbeitung der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED).

Ausgehend von der wachsenden Erkenntnis, dass die komplexen Situationen in einzelnen Ländern allein we-

⁷ Werner Lottje (1946-2004) war langjähriger Leiter der Diakonie Menschenrechte, Mitbegründer der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und des Martin-Ennals-Awards.

der zu verstehen noch zu verändern waren, begann die Arbeit in Netzwerken und die Kooperation mit Partnern, die sich auf Konfliktbearbeitung spezialisiert hatten.⁸

Während zu Beginn der 1990er Jahre vor allem die externen Interventionen in Konflikte im Mittelpunkt standen, richtete der Werkstattbericht „Frieden muss von innen wachsen“ aus dem Jahr 1999 die Aufmerksamkeit auf die Erfahrungen der Partner bei der Bearbeitung der Konflikte in ihren Ländern (vgl. AGKED 1999). Damit bekamen die „lokalen Friedenspotenziale“ ein Gesicht und die Erfahrungen der Partner ein neues Gewicht:

„Friedensarbeit zu machen, erfordert Leute, die vor Ort aktiv sind, die die Region und die Akteure kennen, Vertrauen aufbauen können. Konflikttransformation hat viel mit dem Aufbau von neuen Beziehungen zu tun, mit Versöhnung – das kann nicht von außen kommen“,

betont Florence Mpaayei von der Nairobi Peace Initiative Afrika aus Kenia (vgl. www.npi-africa.org).

Dazu gehörten auch ganz explizit die Erarbeitung von Zugängen für die Betroffenen zu internationaler Politik und die internationale Anerkennung und Qualifizierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und damit die Stärkung ihrer Verhandlungsmacht. Die wichtige internationale Dimension von Konfliktereignissen hat der auf die Projektebene und die Humanitäre Hilfe fokussierte „Do No Harm“-Ansatz ausgeblendet. Der Nachfolgeprozess nahm jedoch selbstkritisch Projekte der Konfliktbearbeitung unter die Lupe.

Mit dem „Reflecting on Peace Practice“-Projekt, dessen Ergebnisse seit 2003 veröffentlicht wurden, wurde die bisherige Annahme – und Hoffnung – widerlegt, dass Programme zur Konfliktbearbeitung ganz von alleine in

ihrer Wirkung aufsummieren und positive Effekte auf höheren Ebenen erzielen. Es ist seitdem unstrittig, dass Verknüpfungen aktiv hergestellt werden müssen, um Effekte auf anderen Ebenen zu erzielen.⁹

In der Auseinandersetzung mit den Konflikten um Rohstoffe und dem Phänomen der Gewaltökonomien engagierte sich „Brot für die Welt“ in Netzwerken, die entweder zu konkreten Ländern arbeiteten, wie zum Tschad-Kamerun Erdölprojekt und der European Coalition on Oil in Sudan, oder aber zu besonderen Aspekten dieser Phänomene, z.B. Unternehmensverantwortung oder Korruptionsbekämpfung (vgl. Global Policy Forum 2007). Ergebnisse dieser Arbeit waren die „Principles for the conduct of company operations within the oil and gas industry“ (Brot für die Welt 2000), aber auch innovative Prozesse in Erdölländern, die das Potenzial hatten, Gewalt vorzubeugen und Konflikte konstruktiv auszutragen.

Der Blick auf die Dimensionen von Konflikt und Gewalt ist umfassender und mit einer Gender-Perspektive gleichzeitig spezifischer und differenzierter geworden. Dadurch geraten bislang blinde Flecken ins Bewusstsein.

Der gefährlichste Ort für Frauen ist der, wo sie vermeintlich am sichersten sind: ihr Zuhause. Häusliche Gewalt ist der Ausdruck einer Gewaltkultur, die in der Gesellschaft viel zu häufig schweigend geduldet wird. Von 2004 bis 2006 führte die Diakonie und ihre Aktion „Brot für die Welt“ deshalb das Internationale Dekade-Projekt „Häusliche Gewalt überwinden“ durch. Es sollte verschiedene Strategien des Umgangs mit häuslicher Gewalt zusammentragen und nutzbar zu machen (vgl. Diakonisches Werk der EKD 2007). Mit der Ausstellung „Rosenstraße 76“ sollte ein Beitrag geleistet werden, das Schweigen zu brechen.

⁸ Von internationalen Menschenrechtsorganisationen gingen Ende der 1980er Jahre starke Impulse aus, neue Handlungsformen für Kontexte von gewaltsamen Konflikten zu entwickeln. „International Alert“ (www.international-alert.org), eine der ersten Organisationen der Konfliktbearbeitung, entstand aus diesen Diskussionszusammenhängen.

⁹ Siehe: www.cdainc.com/cdawww/default.php (Stand: 30.10.2008)

2.3 Ab 2001: Krieg gegen den Terror – Sicherheit statt Frieden

Rahmenbedingungen

Nach dem 11. September 2001 und dem folgenden „Krieg gegen den Terror“ hat die Ideologisierung von Konflikten erneut zugenommen. Eine an pseudo-religiösen Erklärungen angelehnte Argumentation sucht die Welt in Gute und Böse zu polarisieren. Militärische Interventionen, motiviert von Sicherheitsinteressen westlicher Staaten, gewannen an Boden, es kam zu den Kriegen in Afghanistan und dem Irak.

Der „Krieg gegen den Terror“ hat im Bereich der Menschenrechte die Anstrengungen von vielen Jahren zunichte gemacht. Mit dem Schlagwort der „Sicherheit“ werden handfeste Interessen zu Politik gemacht. Diese Re-Ideologisierung hat bis heute Konsequenzen für eine unabhängige Humanitäre Hilfe und für die Entwicklungszusammenarbeit. Sie müssen sich massiver Instrumentalisierungsversuche erwehren.

Positionierungen und Veränderung in der Wahrnehmung und Bearbeitung von Konflikten

Im Jahr 2003 haben sich kirchliche Entwicklungswerke in einem gemeinsamen Positionspapier äußerst besorgt über diese Tendenzen geäußert. Sicherheit sei unteilbar, betonen die Hilfswerke:

„Weder Nord noch Süd noch einzelne Staaten können sie für sich allein gewinnen und bewahren, ohne sie der Mehrheit der Bevölkerung und der Völker zuzugestehen.“ (Brot für die Welt et al. 2003)

Sicherheit für alle erfordere einen globalen Interessenausgleich, der vom Norden erhebliche Zugeständnisse und Veränderungen verlangen werde. Dazu seien Bemühungen für einen Bewusstseinswandel erforderlich, die nicht nur Sache der Kirchen sein könne, so die Hilfswerke in ihrem Positionspapier „Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Interventionen?“. Klar grenzten sie sich darin von einem Diskurs ab, der Frieden

auf Sicherheit und militärische Intervention reduziert und langfristige Perspektiven völlig aus dem Blick verliert. Gerechter Interessenausgleich, Versöhnung und die Schaffung von friedensfähigen politischen und gesellschaftlichen Strukturen ist aber eine mühsame Aufgabe. Frieden müsse von unten wachsen, betonten die Hilfswerke.

Seit 2001 versucht die Diakonie Katastrophenhilfe, dem verbreiteten Gut-Böse-Schema entgegenzusteuern, indem sie auch mit nicht-christlichen, darunter muslimischen, Organisationen zusammenarbeitet, mit ihnen unparteiliche Humanitäre Hilfe für alle leistet und sich kritisch von den vorgesetzten Kriegs- und Sicherheitsagenden absetzt.

Der Überblick über die historische Entwicklung hat deutlich gemacht, wie sehr die Wahrnehmung von Konflikten und die Änderungen der Arbeit in konfliktiven Kontexten von allgemeinen Rahmenbedingungen, geopolitischen Großwetterlagen und ideologischen Ausrichtungen von Politik und Gesellschaft abhängig waren und sind. Je stärker Konflikte selber in den Blickpunkt gerückt sind, umso klarer konnten erste Einsichten beschrieben werden. Auf der Basis dieser Erfahrungen und Einsichten wurde der Dialog mit den Partnern geführt. Die Formulierung der Grundorientierungen (Kapitel 3) und der Konsequenzen für unser Handeln (Kapitel 4) basieren auf den Ergebnissen dieses Partnerdialogs und unserer Mandate.

3 Grundorientierungen: Was wollen wir in Kontexten von Konflikt und Gewalt anstreben?

3.1 Konflikttransformation

Der von John Paul Lederach u.a. geprägte Begriff der „Konflikttransformation“ beschreibt umfassend, für was die Ökumenische Diakonie und ihre Partner stehen. Es geht darum, in Konflikten neue Beziehungen und gerechtere soziale Strukturen zu erreichen. Das Konzept der Konflikttransformation hat Raum für Zuspitzung, Advocacy, Menschenrechtsarbeit, aber auch für Versöhnung und nachhaltige Entwicklung. Transformation heißt Veränderung und macht deutlich, dass es um Prozesse geht, nicht um schnelle Lösungen. Prozesse in denen Not gelindert und neue Beziehungen geschaffen werden, Wahrheit ans Licht kommt und vergeben wird, Institutionen aufgebaut werden, Dialog zu Normen und Werten stattfinden kann, Kompetenzen geschaffen werden und Hoffnung entsteht. All dies zusammen ermöglicht eine gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten, aktuell und zukünftig.

Konflikttransformation möchte Gewaltanwendung ausschließen und es möglich machen, dass man Konflikte eingehen kann, ohne Gewalt befürchten zu müssen. Transformation kann Deeskalation bedeuten, um Gewalt vorzubeugen oder zu stoppen, aber es kann ebenfalls heißen, Konfrontationen einzugehen und Konflikt zu intensivieren, um seine Ursachen sichtbar zu machen und ein Signal für die Zukunft zu setzen. Das ist ein umfassender Ansatz, der konsequenter Arbeit in allen Milieus, auf allen Ebenen und mit allen Akteuren bedarf.

Konstruktiven Konflikt ermöglichen

Ein Konflikt zwischen Individuen oder Gruppen wird oft als eine Auseinandersetzung um vermeintlich unvereinbare Ziele verstanden. Es ist ein komplexes menschliches Phänomen, das insbesondere nicht mit Gewalt verwechselt werden darf. Wenn Konflikte eskalieren

und Konfliktparteien zur Gewalt greifen, entfaltet sich das destruktive Potenzial von Konflikten. Konfrontation und Frustration, wie sie in Konflikten oft erlebt werden, hinterlassen in den Menschen ihre Spuren. Sie verändern deren Einstellungen zueinander, ihr Selbstbild und die Wahrnehmung von sich, den anderen und der Umgebung. Wenn es nicht gelingt, für die Anliegen, die den Konflikt vorantreiben, passende Ausdrucksformen zu finden und Perspektiven der Veränderung aufzuzeigen, dann ist die Gefahr groß, dass sich die komplexen Prozesse in eine negative Richtung verselbstständigen. Der Schritt zur offenen Gewaltanwendung ist dann nicht mehr fern.

Es muss aber nicht immer zu solchen Eskalationen kommen. Im Gegenteil – in seiner konstruktiven Form ist Konflikt ein Motor des Wandels, unvermeidbar und kreativ. Oft werden Konflikte konstruktiv angegangen und ohne Schaden für die Beteiligten gelöst. Menschen können an Konflikten wachsen, die sie durchgestanden haben. Gemeinwesen können daran reifen. Denn Konflikte bringen Probleme ins Bewusstsein, setzen unhaltbare Zustände auf die Agenda der Beteiligten und setzen Energien frei für notwendigen Wandel. Sie fordern die Beteiligten dazu auf, sich ihrer Bedürfnisse und Rechte bewusst zu werden, sie zu artikulieren und diejenigen damit zu konfrontieren, die für die Einhaltung der Rechte verantwortlich sind.

Gewalt stoppen, gegen Profiteure der Gewalt vorgehen

Gewalt im weitgefassten Sinne umfasst Aktionen, Worte, aber auch Strukturen und Systeme, die physische, psychische, soziale oder ökologische Schäden anrichten und Menschen daran hindern, ihr volles Potenzial zu erreichen. Nicht nur die offene Gewalt von Konfliktparteien, sondern auch die verdeckte Gewalt unterdrückter Strukturen produziert ein ungeheures Maß an Leid und Zerstörung. Gewalt überwinden und Frieden schaffen heißt dann diese negativen Strukturen verändern, die sich beispielsweise in Diskriminierung, dem Vorenthalten von Rechten und Freiheiten, dem Verwehren von Chancen äußern. Während die Gewalt unterdrückter Strukturen oft lange offen und

konstruktiven Konflikt lähmen kann, heizt die offene Gewalt die Polarisierung an. Sie sorgt dafür, dass es aus den Spiralen von Gewalt und Gegengewalt kein Ende zu geben scheint, Stereotypen und Freund-Feind-Denken Einzug halten und Rationalität auf lange Zeit keine Chance hat.

Konflikt eskaliert in Gewalt, wenn es keine angemessenen Wege der friedlichen Konfliktaustragung gibt, aber auch, wenn Beteiligte gezielt gewaltsame Vorfälle schüren. Ist die Schwelle einmal überschritten, ist der Weg zurück umso schwieriger. Unterdrückte und Diskriminierte werden leicht instrumentalisiert und manipuliert von Gewaltakteuren, die für ihre eigene Macht, ihren Profit oder externe Interessen ein Umfeld von Unsicherheit und Instabilität brauchen.

Konflikttransformation belässt es nicht dabei, eine Deeskalation offener Gewalt zu erreichen. Zu oft bleiben dadurch die dahinter liegenden Strukturen von Ungerechtigkeit, aber auch von Macht, Ausbeutung und Profit verborgen. Indem Konflikttransformation auf eine gerechtere Machtverteilung abzielt, kann es an dieser Auseinandersetzung kein Vorbei geben und damit auch keine faulen Kompromisse.

Gewaltfreiheit stärken

Viele Menschen, die in einem Umfeld von Instabilität und sporadischer Gewalt leben und arbeiten, folgen einer pragmatischen Philosophie. Sie greifen nicht zur Gewalt, weil ihnen diese Option weniger Erfolg versprechend erscheint. Andere schrecken vor Gewaltanwendung zurück, weil sie die Folgen einer Kultur der Gewalt für ihre Gemeinschaft fürchten.

Wieder andere weigern sich, zu den Waffen zu greifen, weil sie mit gewaltlosen Mitteln für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen wollen. Sie sind davon überzeugt, dass aktive Gewaltfreiheit mehr ist als der Verzicht auf Waffengewalt, und dass sie ein kreativer, positiver, einfallreicher und heilender Weg der Konflikttransformation ist. Eine belastbare Alternative zu Gewalt und Unrecht aufzuzeigen zu können schafft das größte Potenzial für friedliche Entwicklung.

3.2 Lokale Friedenspotenziale

Der bislang erfolgreichste Ansatz zur nachhaltigen Transformation von Konflikten ist derjenige, der an den lokalen Friedenspotenzialen ansetzt, ohne die Verknüpfungen auf anderen Ebenen auszublenden.

Er schließt Akteure auf allen Ebenen der betroffenen Gesellschaft ein und kann auch bedeuten, ihr Auftreten auf internationalen Bühnen zu ermöglichen und zu begleiten. Entscheidend ist, dass dieser Ansatz ein Prozess ist und bleibt, der von diesen Akteuren selber gesteuert wird. Die Ökumenische Diakonie hat erfahren und erkannt, dass Konflikttransformation möglich wird, wenn ein solcher Prozess

- lokale Friedenspotenziale identifiziert, stützt und stärkt;
- diese nachhaltig und auch bei Rückschlägen begleitet und zu schützen vermag;
- flexibel bleibt, weil sich die Situationen schnell ändern können;
- Chancen erkennt und reaktionsschnell ausnutzen kann;
- gleichzeitig langfristig denkt und den Boden für eine Kultur des Friedens mit vorbereiten kann;
- Ansätze und Instrumentarien der Menschenrechts-, der Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe und der Konfliktbearbeitung miteinander verflocht und vernetzt;
- unterschiedliche Ansätze und verschiedene Ebenen miteinander verknüpft.

Dieser Ansatz kann in der Ökumenischen Diakonie erheblich gestärkt werden, wenn es ihr gelingt, die erkannten Stärken zu nutzen, die Defizite zu verringern und eine situationsgerechte Arbeitsteilung innerhalb des Bereichs und mit anderen Organisationen und Akteuren zu entwickeln.

3.3 Gender-Gerechtigkeit

Rund 75 Prozent der Todesopfer in den heutigen zwischen- und innerstaatlichen bewaffneten Konflikten sind Frauen und Kinder. Als Kriegsbeute und Verkörperung der Identität der feindlichen Gruppe sind Frauen erhöhter sexualisierter Gewalt ausgesetzt: Als Versorgerinnen ihrer Familie werden sie von Männern der eigenen und anderer Gruppen zur Prostitution gezwungen, um Nahrungsmittel, Medikamente und Wasser zu erhalten; sie werden gezielt von den Kombattanten vergewaltigt, um den Gegner zu demütigen; Männer der eigenen Familie, die ihre Versorger- und Beschützerrolle häufig nicht mehr wahrnehmen können, reagieren auf diese Stresssituationen mit erhöhter Gewalt.

Hinzu kommt die große Infektionsgefahr von Frauen für HIV und Aids, die besonders bei jungen Frauen drei- bis sechsmal höher liegt als die der Männer. 50 Prozent der HIV-Positiven weltweit und 61 Prozent der HIV-Positiven in Afrika sind Frauen. Vergewaltigung erhöht das Risiko einer HIV-Infektion enorm, und HIV trägt auch zu Konflikten innerhalb von Familien und Gemeinschaften bei.

Frauen sind nicht nur Opfer. Als „Mittäterinnen“ schließen sie sich bewaffneten Gruppen an oder bestärken ihre Männer darin, Gewalt auszuüben. Doch genauso passiert es, dass sie sich, in Erweiterung ihrer traditionellen Rollen, organisieren, um Frieden wiederherzustellen und das Überleben ihrer Familien zu sichern. Sie treten auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen für den Frieden ein.

In Krisenzeiten werden in den gesellschaftlichen Diskursen Themen mit klaren Bezügen zum Gender-Verhältnis mobilisiert. Männer sollen wieder in der Lage sein, „Frau und Familie“ oder bildlich „die Heimat“ zu verteidigen. Wer sich nicht selber schützen und die Familie durchbringen kann, ist „kein Mann“. In Krisen wird dieses tief liegende Muster ausgespielt, um Aktionsbereitschaft herzustellen, schon lange, bevor ein erster Schuss gefallen ist. Das deutet auf die Relevanz von Gender als eine Kategorie zur Analyse von Konflikten, aber auch zur Konfliktbearbeitung hin.

Dabei sind die Chancen und Risiken in verschiedenen Phasen von Konflikten unterschiedlich verteilt.

Konflikte mobilisieren und konfrontieren in besonderer Weise gesellschaftliche Machtbeziehungen, aber als komplexes Phänomen ebenso die Bilder und Vorstellungen, die soziale Gruppen voneinander haben, bis hin zu tiefen Schichten des kollektiv Bewussten und Unbewussten. Das macht deutlich, dass die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und das Bemühen um Gender-Gerechtigkeit hiervon nicht unberührt bleiben.

Ein differenzierter Blick ist wichtig: Was bedeutet der Konflikt für Frauen? Was bedeutet er für Männer? Was bedeutet der Konflikt für HIV-positive Frauen und HIV-positive Männer? Was bedeutet er für die Beziehung zwischen ihnen? Wenn man versteht, wie aus den Normen, wie Männer und Frauen zu sein haben und was ihnen zusteht, die Hierarchie zwischen den Geschlechtern, spezifische Machtverteilungen und Glaubenssysteme resultieren, wird offensichtlich, dass bereits das Verhältnis zwischen den Geschlechtern konflikthaft ist. Es geht um Fragen von Ein- oder Ausschluss, von Über- und Unterordnung, und um Auf- und Abwertung.

Diese konfliktrelevanten Dimensionen von Gender durchziehen als Machtasymmetrien und spezifische Rollen das soziale Leben, wirken als Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit und durch daraus abgeleitete Werte und Normen auch auf der Ebene der Einstellungen bis tief hinein in die Identitätsbildung. Die Situationen und Entwicklungen für Frauen und Männer unterscheiden sich spezifisch in Konflikten und müssen daher getrennt ermittelt und bewertet werden. Dafür müssen die WahrnehmungsfILTER überwunden werden, die nach wie vor dafür sorgen, dass Frauen entweder gar nicht oder fast ausschließlich als Opfer und Männer fast nie in Opferrollen wahrgenommen werden.

Die vielfältigen Rollenveränderungen von Frauen in Kriegszeiten werden in der Nachkriegsphase oft politisch und gesellschaftlich nicht wahrgenommen. Auf ihre Erfahrungen als Produzentinnen, Organisatorinnen und Ernährerinnen, auf ihre Bedürfnisse als Witwen oder

demobilisierte Soldatinnen wird nur wenig eingegangen, da erst die bewaffneten Männer befriedet werden müssen, um weitere Gewalt zu vermeiden. Erfahrungen von Frauen, u.a. im Bereich der Friedensstiftung, gehen nur wenig auf die Verhandlungsprozesse und die Entscheidungen über die Gestaltung der Nachkriegszeit ein. Fragestellungen, inwieweit geschlechtsstereotype Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit zu konfliktverschärfendem Verhalten führen, wie sich konfliktverschärfende Rollenzuweisungen aufbrechen und positiv präventiv nutzen lassen, werden immer noch nur wenig diskutiert (vgl. Brot für die Welt/EED 2007).

Insbesondere veränderte Einstellungen sind wichtig, die Männer von ihrer Männlichkeit entwickeln. Auch das geht nicht isoliert. Damit Männer für sich gewaltärmere Rollen entwickeln können, muss sich bei beiden Geschlechtern etwas ändern. Isolierte Ansätze erscheinen insbesondere bei Gender und Konflikt eher kontraproduktiv.

Konstruktiver Konflikt vergrößert die Chancen und Spielräume, um mehr Gender-Gerechtigkeit zu erzielen. Gewaltsamer Konflikt verengt die Räume und birgt zusätzliche Risiken. Gender als Dimension von Konflikten wird oft beschworen, die Umsetzung aber bleibt schwierig und bruchstückhaft und oft auf einzelne Projekte zur Frauenförderung beschränkt.

Gender heißt, wie die eingangs erwähnten Beispiele zeigen, in Konflikten aber viel mehr. Für den von der Ökumenischen Diakonie verfolgten Ansatz von Konflikttransformation sind Gender-Gerechtigkeit und Gender-Sensibilität wichtige Orientierungspunkte in der Konfliktbearbeitung.¹⁰

Zum Thema „Konflikt und Gender“ hat die Ökumenische Diakonie die Ergebnisse einer internen Fortbildung zu einer Handreichung für Mitarbeitende aufgearbeitet (vgl. Team Grundsatz und Entwicklung 2006).

3.4 Orientierung an Menschenrechten

Vielen Konflikten liegen Menschenrechtsverletzungen zugrunde. Jede Konfliktarbeit muss deshalb sensibel sein für Menschenrechtsverletzungen und jegliche Formen von Diskriminierungen, wenn die Ursachen der Konflikte bearbeitet werden sollen. Rechtsbasierte Ansätze können einen an Konflikttransformation ausgerichteten Orientierungsrahmen mit einer klaren und starken strategischen Orientierung versehen. Das gibt ihnen einen eindeutigen Vorteil gegenüber Leitbildern wie „Menschliche Sicherheit“ und „Menschliche Entwicklung“, die, beide in emanzipatorischer Absicht entwickelt, im sicherheitspolitischen Diskurs viel von ihrem Potenzial eingebüßt haben.

Bei der Konfliktbearbeitung kann es helfen, wenn es einen übergeordneten Katalog zentraler Werte, Grundrechte und Verfahrensprinzipien gibt, der nicht erst ausgehandelt werden muss, sondern als universeller Referenzrahmen existiert. Die Nutzung von nationalen und internationalen Instrumenten des Menschenrechtsschutzes kann durch die damit einhergehende Öffentlichkeit staatliche Stellen zu einer aktiveren Konfliktbearbeitung veranlassen. Auch private Akteure wie Transnationale Konzerne, die öffentlich für Menschenrechtsverletzungen mitverantwortlich gemacht werden können, müssen gerade bei Verstößen gegen die Menschenrechte einen Imageschaden befürchten und zu Zugeständnissen bereit sein. Menschenrechte helfen, eine klare Rollenverteilung vorzunehmen. Was sind staatliche Verpflichtungen, wo sind Grenzen staatlichen Handelns, was sind Aufgaben anderer Akteure? Die Klärung solcher Fragen kann grundsätzlich leichter erfolgen unter Bezugnahme auf die internationalen Menschenrechtsnormen und von daher helfen, angemessene Lösungen für Konflikte zu suchen.

Menschenrechte sind dort ein besonders relevantes Instrument, wo noch Strukturen von Staatlichkeit vorhanden sind. Sie darf allerdings in „failing states“ nicht

¹⁰ Gerade auch zu HIV und Aids wird das Thema Gender-Gerechtigkeit thematisiert und bearbeitet. Siehe dazu die HIV und Aids Policy von „Brot für die Welt“ und EED sowie „HIV and Aids in Africa“ Diakonisches Werk/Brot für die Welt, Stuttgart 2006.

aufhören. Opfer von Verletzungen dürfen nicht im Stich gelassen werden. Hier können die Menschenrechte zwar nicht mehr vor Gericht eingefordert werden, sie können aber die Messlatte der Dokumentation von Verletzungen werden, die dann auf internationaler Ebene mithelfen können, die Verantwortlichen zu benennen.

Zivile Konfliktbearbeitung in „failing states“ kann dem Schutz von Menschenrechten und ihren Verteidigern dienen, weilsie versucht, auch ohnerechtliche Einforderung, Rechte, Ansprüche und Ziele von Menschen ernst zu nehmen und in Verhandlungssituationen zu vertreten. Für die Betroffenen von Verletzungen ist die Kenntnis ihrer Rechte zudem ein erster zentraler Schritt des Empowerment. Alternative Strategien können leichter formuliert werden, wenn man weiß, dass einem persönlich zentrale Rechte vorenthalten oder verletzt werden. Auch menschenrechtliche Strategien haben ihre Grenzen. Einer menschenrechtlichen Einflussnahme wenig zugänglich sind solche Konflikte, in denen einzelne oder alle Konfliktparteien derzeit nicht verhandlungsbereit sind und Maximalforderungen artikulieren bzw. durchzusetzen versuchen.

Die Nutzung von Menschenrechten in Konfliktsituationen kann auch konfliktverschärfend wirken. Die Einhaltung von Menschenrechten zu fordern, sie zu stärken und sie weiterzuentwickeln, ist immer eine konfliktreiche Angelegenheit. Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sind wie Seismographen, wenn es um Fortschritte in der Konfliktbearbeitung oder um drohende Eskalation und Gewaltspiralen geht. Menschenrechtsarbeit und Konfliktarbeit müssen deshalb jederzeit bereit sein, sich für den Schutz bedrohter Menschenrechtsverteidiger einzusetzen. Ein sinnvoller Einsatz muss konfliktspezifisch geplant und strategisch eingesetzt werden.

3.5 Humanitäre Hilfe – ein Beitrag zum Frieden

Humanitäre Hilfe kann Spannungen und gewaltsame Konflikte verschärfen, deren Lösung hinauszögern und

die eigene Glaubwürdigkeit verspielen, wenn sie parteilich für oder im Interesse einer Konfliktpartei oder dahinterstehender Interessengruppen ist und bestimmte Gruppen privilegiert und andere benachteiligt. Nachteilig wirkt sie sich aus, wenn sie sich mit militärischen Aktionen vermischt und einseitig mit Armeen oder bewaffneten Gruppen kooperiert. Zu kurz greift sie dann, wenn sie sich nicht auf die Wiederherstellung lebenswürdiger Bedingungen (Rehabilitation und Reintegration) ausrichtet, sondern es bei der Hilfsabhängigkeit der Betroffenen belässt oder sie gar fördert. Dies geschieht auch, wenn sie sich längerfristig als humanitärer Ersatz für den fehlenden Willen von den Konfliktparteien benutzen lässt, weil diese den Konflikt nicht lösen und die Situation der Betroffenen nicht verbessern wollen oder können.

Humanitäre Hilfe kann Konflikte positiv beeinflussen, wenn sie

- als eine friedliche Aktion gestaltet ist und damit als eine friedliche Botschaft inmitten der Gewalt;
- als eine ausgleichende Aktion gestaltet ist und mit dieser menschlichen Botschaft einer Gewaltlogik diametral entgegentritt, die Recht auf Leben nur den eigenen Leuten zugesteht;
- Brücken bauen und Neuanfang ermöglichen kann. Humanitäre Hilfe kann im beschränkten Maße auf die beteiligten Konfliktparteien einwirken, ihre Gewalt einzuschränken und Dialog und alternative Wege zu suchen;
- durch materielle wie psychische Rehabilitation den Betroffenen bei der Überwindung der Konfliktfolgen, der Verbesserung ihrer Lebenssituation und der friedlichen Neuorientierung ihres Lebens helfen kann.

Die eigenständigen humanitären Prinzipien der Humanitären Hilfe und ihre völkerrechtlichen Grundlagen sind deshalb eine zentrale strategische Orientierung für die Arbeit in konfliktiven Situationen. Durch die Entwicklungen der letzten Jahre sind sie in ernste Gefahr geraten. Dies erfordert eine stärkere Profil-

Konflikttransformation | Orientierungsrahmen

bildung Humanitärer Hilfe. Sie muss ihre Hilfe unabhängig von herrschenden Meinungen gestalten können, und das heißt in manchen Fällen, gegen den Strom der Medienmeinung zu schwimmen und politischer Einflussnahme standzuhalten. Dazu ist es auch nötig, verkürzten Sichtweisen und Argumenten eine fundierte, kontroverse Analyse gegenüberzustellen, um ihr unabhängiges und unparteiliches humanitäres Mandat zu verteidigen. Das erfordert, dass sich die Ökumenische Diakonie weiterhin im öffentlichen und politischen Raum erkennbar für humanitäre ethische Grundsätze einsetzt. Das erfordert auch, gegen den Missbrauch der Humanitären Hilfe durch politische, wirtschaftliche, militärische und mediale Interessen einzutreten und die Auseinandersetzung mit der neuen globalen Sicherheits- und Antiterrorpolitik und deren Auswirkungen auf eine eigenständige Humanitäre Hilfe zu führen.

Die Ökumenische Diakonie möchte mit anderen zusammen eine starke Stimme werden, die Hintergründe und Ursachen von Konflikten anspricht. Bei Wahrung ihrer politischen Unabhängigkeit sieht sie dieses Engagement als Beitrag zu globaler Prävention und notwendigen Politik- und Strukturveränderungen. Nur so können die erkannten Schwächen und negativen Begleiterscheinungen von humanitärer Hilfe vermieden und ihre Stärken konsequent entwickelt werden.

Angesichts der durch die Globalisierung umfassender werdenden Aufgaben gilt es für die Humanitäre Hilfe, in Ländern, wo Partner schwach oder inexistent sind, neue Wege und Verbündete zu suchen, ohne dabei die Option „weiße Helfer“ vorrangig zu verfolgen. Insgesamt gilt es eine Balance zu finden, welche die begrenzten Reichweiten der Humanitären Hilfe bei der Konfliktprävention und -transformation anerkennt und gleichzeitig alle Möglichkeiten ausschöpft, welche die ethischen Grundprinzipien erlauben. Das schließt innovative Projektansätze zur Prävention von Gewalt und Konflikteskalation mit ein.

4 Konsequenzen für unser Handeln

Die Ökumenische Diakonie und ihre Partner sind in Konfliktsituationen ganz unterschiedlich gefordert. Darüber hinaus sind die Partner mit sehr verschiedenen Situationen in ihren Ländern konfrontiert und haben sehr unterschiedliche Ausgangslagen. Entsprechend verschieden sind ihre Bedürfnisse und ihre konkreten Anforderungen an ihre nördlichen Partner. Für die einen stehen fokussiert bestimmte Aufgaben im Vordergrund, darunter auch eigene Qualifizierungs- und Entwicklungsschritte hin zu wirksamen Akteuren in Konflikten.

Andere haben sich bereits ein starkes Profil erarbeitet. Partner wie Serapaz in Mexiko, Nairobi Peace Initiative in Kenia oder die Kadtuntaya Stiftung auf den Philippinen spielen längst aktive Rollen in der Bearbeitung von Konflikten in ihren Ländern und Regionen. In ihren Aktivitäten verbinden sie Elemente von Entwicklungsarbeit, Konflikttransformation und teilweise direkter humanitärer Hilfe. Sie sind bereits auf verschiedenen Ebenen tätig, vor Ort genauso wie in der Hauptstadt und auf internationalem Parkett. Durch ihre Integrität können sie sowohl parteilich an der Seite der Schwachen stehen und diese für die Auseinandersetzung stärken, als auch vermittelnd in Gewaltsituationen de-eskalieren. Sie haben eigene Kapazitäten zur Analyse und Interpretation der Situation in ihren Ländern entwickelt, die eine Orientierung für Politik und gesellschaftliche Akteure geben können.

Die Beiträge und Unterstützung, die die Ökumenische Diakonie ihren Partnern gibt, müssen in die komplexen Kontexte eingepasst werden und dürfen nicht als widersprüchliche Aktionen und Botschaften ankommen. Synergie und Kohärenz zeigen ihre Qualität darin, welchen positiven Unterschied sie in der konkreten Konfliktsituation machen können. Die folgenden Umsetzungsschritte geben einen Überblick darüber, wie konfliktrelevante Aspekte stärker als bisher berücksichtigt werden können, indem man auf den guten Erfahrungen aufbaut, die es schon gibt. Sie sollen sen-

sibel dafür machen, welche Möglichkeiten bestehen, wenn sich herausstellt, dass Konflikttransformation in Arbeitskontexten relevant wird. Sie sollen Mut machen, Schritte zu entwickeln, um maßgeschneiderte Antworten zu finden, die den Einsichten aus der Programmpraxis und den Grundüberzeugungen entsprechen.

4.1 Gelebte Konfliktsensibilität

Zu wichtigen Einsichten der Arbeit in Kontexten von Gewalt und Konflikten gehört, dass sowohl Entwicklungszusammenarbeit als auch Humanitäre Hilfe negative Auswirkungen haben können. Unter „Konfliktsensibilität“ verstehen wir, vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen, die Fähigkeit der Ökumenischen Diakonie und ihrer Partner, die Konflikte, in und an denen sie arbeiten, in ihren Kontexten zu verstehen; die wechselseitige Beeinflussung zwischen Programmen und dem Konflikt zu begreifen und dieses Verständnis zu nutzen, um negative Wirkungen zu vermeiden und positive Wirkungen zu verstärken. Dazu gehört auch ein bewusster Umgang mit den Wirkungen von gewalttätigem Konflikt auf die Organisation und das Personal. Konfliktsensibilität ist wichtig für die Programmarbeit, aber auch und gerade für Advocacyaktivitäten zu Ländern in Konfliktsituationen. In Konfliktkontexten sind Partner, vor allem Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und Friedensstifterinnen und -stifter, sehr oft gefährdet. Jeder Schritt in der Advocacyarbeit muss deshalb hinsichtlich seiner Konsequenzen für die Akteure vor Ort und für das Ziel, einen gerechten und nachhaltigen Frieden zu erreichen, genau überprüft werden.

Für die Ökumenische Diakonie ist es wichtig, dass Konfliktsensibilität als gelebte Praxis entwickelt wird, und zwar im Dialog, in der Auseinandersetzung und im gemeinsamen Lernen mit den Partnern. Konfliktsensibilität zu erreichen ist ein erster Meilenstein auf dem Weg, ein kompetenter Partner in Konfliktsituationen zu sein. Dies verstehen wir als Lern- und Austausch-Prozess, der seine Ziele nicht mit Checklisten erreichen wird, sondern mit dem bewussten und gezielten Schaffen von Raum

für Dialog. Im Dialog sollen Instrumente gelernt, angepasst und weiterentwickelt werden. Einige der wichtigsten Aspekte für gelebte Konfliktsensibilität werden im Folgenden entwickelt:

Gegenseitige Sensibilisierung für Konfliktsituationen

Kirchliche Arbeit in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Menschenrechte und Frieden muss in Konfliktkontexten fortwährend prüfen, ob die eigene Arbeit gewaltmindernd oder -fördernd wirkt. Sie muss deswegen eigenständig, unabhängig von den „herrschenden Meinungen“ und kontinuierlich über den Kontext, Ursachen und Dynamiken der Konflikte im Bilde sein und konfliktsensible Entwicklungsstrategien entwickeln. Der Austausch zwischen denen, die im Konflikt leben und denen, die sich außerhalb befinden, ist dafür wichtig.

Konfliktanalyse

Maßgeschneiderte Antworten beruhen auf der genauen Kenntnis des Konfliktes und seiner Dynamik. Insbesondere komplexe Konfliktsituationen mit internationaler Dimension, die ein Zusammenspiel verschiedener Akteure brauchen, bedürfen intensiver und regelmäßig aktualisierter gemeinsamer Analysen. Ein vertieftes Verständnis davon, wie die jeweiligen Partner die Lage verstehen, hilft bei kohärentem Handeln, auch wenn man sich nicht immer über den nächsten Schritt genau abstimmen kann. Die „Handreichung

zur Konfliktanalyse der Ökumenischen Diakonie“ (vgl. Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung 2006) gibt den Mitarbeitenden hierbei Orientierung.¹¹

Entwicklung und Integration von Instrumenten für Planung, Monitoring und Evaluierung

Konfliktsituationen sind durch große Unsicherheiten gekennzeichnet. Mit bekannten Planungsinstrumentarien sind Partner an Grenzen gestoßen – manchmal war planen gänzlich unmöglich. Inzwischen gibt es geeignete Instrumente und vor allem Kontakte und Potenziale für die Weiterentwicklung von Instrumenten. Daran soll mit Kooperationspartnern intensiv gearbeitet werden.¹²

4.2 Dialog und Qualifizierung

Dieser Orientierungsrahmen beschreibt die Grundkonzepte und Schwerpunkte der Ökumenischen Diakonie. Im Austausch mit den Partnern wird sie mit Leben gefüllt und weitergeführt werden. Dieser Dialog soll qualifiziert und vertieft werden. Dazu können Partnertreffen oder Veranstaltungen genutzt werden. Und dazu gehören Maßnahmen und Strategien zur Qualifizierung. Im Folgenden werden einige wichtige Aspekte genannt:

Eine gemeinsame Sprache finden

Krieger haben ihre Sprache in Tausenden von Jahren entwickelt und verfeinert. Viele ihrer Begriffe sind in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen. „Flanke

¹¹ Die Handreichung dient der eigenen Sensibilisierung und bietet Hilfe bei der Formulierung von wichtigen Fragen an die Partner.

Ziele in Bezug auf eine geprüfte Maßnahme sind:

- mögliche negative Auswirkungen (auf den Konflikt im Projektkontext oder durch den Konflikt im Projektkontext) zu erkennen und zu vermeiden;
- mögliche konstruktive Einflussmöglichkeiten zu identifizieren und zu stärken; und
- die Verknüpfung mit anderen Initiativen vor Ort und/oder auf anderen Ebenen herzustellen und dadurch die Reichweite der Maßnahme und ihre Nachhaltigkeit zu vergrößern.

Ziel in Bezug auf den Dialog mit dem Partner ist, eine sichere Basis für einen informierten Dialog zu haben.

¹² Die Ergebnisse verschiedener regionaler, vom Evangelischen Entwicklungsdienst begleiteter, Prozesse können hier einfließen. Aufbauend auf den Ergebnissen einer regionalen Partnerfortbildung zu Planning, Monitoring, Evaluierung (PME) in der Friedensarbeit-Konferenz im Tschad (Mai 1998) und der Testphase des von GENOVICO (Beraterinnen- und Berater-Netz in Niger) entwickelten Planungs- und Monitoringinstruments soll in Kooperation mit GENOVICO und EIRENE ein PME-Manual für den frankophonen Bereich erarbeitet werden.

schützen“ „Truppen sammeln“, „Reihen schließen“, „Manöverkritik“, „Strategie“ und „Intervention“ sind nur einige Beispiele. In der Friedensarbeit tut man sich noch schwer mit der gemeinsamen Sprache.

In der positiven Dynamik seit 1990 wurden viele neue Ansätze entwickelt. Dabei ist eine Vielzahl neuer Begriffe entstanden, die oft unterschiedlich verstanden und benutzt werden: Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung, Konfliktlösung, Peacebuilding, Konfliktmanagement und Konflikttransformation. In der Zusammenarbeit mit Menschen aus anderen Sprachräumen wird es noch schwieriger, da Friedensforschung und zivile Konfliktbearbeitung in verschiedenen Ländern und Sprachräumen einen sehr unterschiedlichen Stellenwert genießen. Auch sind Begriffe oft belastet. In den Palästinensischen Gebieten sagen Partner, dass „Peace“ und „Peacebuilding“ für sie zu Unworten geworden sind, sinnentleert und verbraucht. Lateinamerikanische Partner reagieren abweisend und zurückhaltend auf Begriffe, die nach einem faulen Kompromiss riechen, wie z.B. „Konfliktlösung“. Das alles erschwert die Kommunikation und damit den Dialog und die Auseinandersetzung. Die Suche nach einer gemeinsamen Sprache ist wichtig. Sie kann nur im gemeinsamen Engagement und durch offenen Austausch gelingen zum Beispiel über die in Kapitel 3 beschriebenen Orientierungen. Ein erster Schritt wurde getan mit dem Glossar „Begriffe der zivilen Konfliktbearbeitung“ (vgl. Team Menschenrechte 2006).

Kompetenzerwerb durch Austausch- und Qualifizierungsprozesse

Für die Entwicklung von Kompetenzen und Strategien haben sich längerfristig angelegte Austausch- und Qualifizierungsprozesse als geeignetes Instrument herausgestellt. Wie diese gestaltet werden, hängt von den Dynamiken und Interessen der Partner ab. Zum Beispiel liegt in den Palästinensischen Gebieten das Augenmerk auf Fortbildung und in den Philippinen auf der Durchführung gemeinsamer Aktivitäten. Fortbildung für Partner, für Mitarbeitende und qualifizierte Fachberatung sind wesentliche Elemente für die Umsetzung des Orientierungsrahmens. Die Ökumeni-

sche Diakonie ermutigt ihre Partner zum Kompetenzerwerb durch Qualifizierung. Das kann durch Qualifizierungsmaßnahmen in den geförderten Programmen geschehen und durch gezielte Förderung von Maßnahmen durch das Stipendienprogramm.

Um besonders wichtige Themen (wie Konflikt und Gender, Konfliktsensibilität, Friedenspädagogik, Rohstoffe und Konflikt, Konflikte um Ressourcen wie Land und Wasser, etc.) kann ein Erfahrungsaustausch organisiert werden. Dies kann von den Partnern begonnen und von der Ökumenischen Diakonie aufgegriffen werden. Weitere Möglichkeiten sind der Aufbau, die Unterstützung und die Inanspruchnahme von regionalen Fachberatungskompetenzen sowie die institutionalisierte Kooperation mit Qualifizierungsinstitutionen in verschiedenen Weltregionen. Dazu gehören die finanzielle Unterstützung, Curricula-Entwicklung und Vernetzung dieser Einrichtungen (vgl. Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung 2008).

4.3 Vielseitigkeit in der finanziellen Förderung: Personen – Organisationen – Netzwerke

Die finanzielle Förderung von Projekten, Programmen und Aktivitäten ist eine der zentralen Handlungsdimensionen der Ökumenischen Diakonie. Angesichts des Leidens und der Verwüstungen, die gewaltsame Konflikte mit sich bringen, ist es schwer zu ertragen, dass die eigenen Möglichkeiten so begrenzt sind. Da ist der Wunsch verständlich, sich lieber ganz herauszuhalten als nur einen scheinbar minimalen Beitrag leisten zu können. Das Gegenteil davon ist notwendig. Die Ökumenische Diakonie bekennt sich dazu, Verantwortung wahrzunehmen angesichts der eigenen Begrenzung. Sie versteht sich als verlässlicher Partner, der bereit ist, kontinuierlich und beharrlich den Prozess der Konflikttransformation zu verfolgen, auch bei substanziellen Rückschlägen. Sie sieht Rückschläge nicht als Scheitern von Projekten an und stellt deswegen nicht das Engagement ein, sondern nimmt das Risiko plötzlicher Konflikteskalation als Herausforderung an, um neue und andere, kreativere Wege zu suchen.

Der Blick in den Wandel der Rahmenbedingungen und der Arbeitskontexte hat gezeigt, dass die Möglichkeiten einzelner Akteure begrenzt sind und dass die größten Chancen darin liegen, verschiedene Akteure vor Ort und auf vielen anderen Ebenen mit ihren unterschiedlichen Handlungsstrategien miteinander zu verknüpfen. Um die Potenziale für Konflikttransformation optimal zu fördern, sollten daher situationsabhängig geeignete Personen, Organisationen und Netzwerke unterstützt und gefördert werden. Was heißt das im Einzelnen?

Prophetisches Wirken von Personen

Es zeigt sich immer wieder, dass es von einzelnen Menschen abhängt, ob Chancen zur Konflikttransformation erkannt und genutzt werden. Konfliktbearbeitung ist ein Jonglieren mit „unregelmäßigen Verben“, die nicht in die vorgesehenen Raster passen. Das verlangt den Menschen viel Voraussicht und Risikobereitschaft ab. Die Gefahr des Scheiterns ist hier ständig präsent. Personen, die diesem Streifen Hoffnung am Ende des Tunnels zu folgen versuchen, gehen oft unkonventionelle Wege. Sie stoßen oft auf Mauern und werden von Routinen und Abläufen eher behindert als unterstützt. Die Ökumenische Diakonie nimmt sich vor, ein Ort zu werden, der die transformierenden und inspirierenden Potenziale seiner Mitarbeitenden und Partner fördert und seine Strukturen in ihren Dienst stellt. Dazu gehört auch, unkonventionelle Initiativen von Einzelnen zu unterstützen und zu begleiten, damit ein Klima entsteht, das prophetisches Wirken Einzelner ermutigt und ermöglicht.

Organisationen

In besonderen Situationen wie der Friedens- und Menschenrechtsarbeit in Räumen mit bewaffneten Konflikten, in fragilen Staaten, unter repressiven Regimen brauchen Partnerorganisationen eine besondere Aufmerksamkeit und flexibles Handeln. In solchen Situationen war es in der Vergangenheit nötig, auf formale Anerkennung von Organisationen zu verzichten, die Arbeit in Nachbarländer zu verlagern, laufende Programme vollständig umzuplanen etc. Dies ist nur möglich, wenn ein Vertrauensverhältnis besteht

und Mitarbeitenden der Ökumenischen Diakonie der Freiraum für unkonventionelle Entscheidungen im Ernstfall zugestanden wird.

Netzwerkarbeit

Die Erfahrung lehrt, dass einzelne Projekte keinen Frieden schaffen können. Auch viele verschiedene Aktivitäten addieren sich nicht automatisch zum Frieden auf. Ein Arbeiten in Isolation und mit der Erwartung, dass herkömmliche Instrumente von Entwicklungszusammenarbeit allein ausreichen, um Konflikttransformation zu erzielen, führt in die Sackgasse. Vielmehr gilt es, gezielt Projekte auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenen Ansatzpunkten zu verknüpfen. Dazu können neue Allianzen und die Mitarbeit in Netzwerken notwendig werden.

Netzwerkarbeit zu Konflikten verstehen wir zu allererst als eine Aktion und nicht notwendigerweise als eine Struktur. Das Netzwerken soll aktiv und gezielt Vertrauensbeziehungen herstellen, Informationen, Erfahrungen und Kompetenzen austauschen, neue und innovative Handlungsoptionen entwickeln, Synergien und Komplementarität suchen und schaffen, Aktivitäten von Beteiligten koordinieren, qualifizieren und verstärken und ggf. gemeinsame Aktivitäten entwickeln und durchführen. Die Frage „Was wollen wir gemeinsam tun?“ ist wichtiger als die Frage „Wie wollen wir uns strukturieren?“. Das Spezifikum von Netzwerken ist, dass die Strukturen flexibel sind und sich häufig verändern und anpassen. Das ist der Vorteil gegenüber einer Organisation. Die Ökumenische Diakonie versteht sich als integraler Teil globaler Netzwerke. Sie arbeitet aktiv an der Bildung von Allianzen mit und geht diese auch selbst ein. Sie fördert finanziell gezielt und flexibel die Arbeit von Netzwerken.

4.4 Advocacy und Politikgestaltung

Konflikttransformatorische Prozesse für Frieden und Gerechtigkeit können nur erreicht werden, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend verändert werden. Dies erfordert im Norden ein konsequentes Eintreten

auf den verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Handlungsfeldern dafür, dass die Grundlagen gewahrt bleiben oder verbessert werden, auf denen wirksames Handeln möglich ist. Wir sehen hierbei folgende Aufgabenfelder:

Zivilgesellschaftliches Handeln in Konflikten ermöglichen

Zivilgesellschaftliches Handeln für Frieden ist in zuge-spitzten Situationen oft das einzige Handeln für Frieden, das Hoffnung geben könnte. Aber Konfliktsituationen zeichnen sich oft gerade dadurch aus, dass dieses Handeln durch Gewalt, Repression, Notstandsgesetze und Verfolgungen eingeschränkt bzw. unmöglich gemacht wird. Regierungen im Norden sind oft zu sehr darauf fixiert, mit ihren Partnerregierungen im Süden zu interagieren.

Die Ökumenische Diakonie setzt sich für den Erhalt und die Zurückgewinnung von Räumen für zivilgesellschaftliches Handeln ein. Mit gezielten Aktionen will die Ökumenische Diakonie mitzuhelfen, den Spielraum für zivilgesellschaftliches Handeln in Konfliktsituationen vor Ort zu vergrößern.

Das menschenrechtliche Instrumentarium ausspielen

Dabei kann die Ökumenische Diakonie das menschenrechtliche Instrumentarium ausspielen. Sie kann sowohl staatliche Strukturen im nationalen Bereich wie in regionalen oder internationalen Menschenrechtssystemen nutzen. Formelle Strukturen umfassen die Möglichkeit von Beschwerdeverfahren, Parallelbericht-

erstattungen und gerichtlichen Klagewegen, informelle Strukturen wären Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit oder die Arbeit von investigativen Journalisten.

Advocacyarbeit gehört ohnehin zum Kernbestand einer jeden Strategie des Menschenrechtsschutzes. Advocacy für den Schutz von Menschenrechten baut auf der Dokumentation von Verletzungen auf und nutzt formelle und informelle Wege, um auf diese Verletzungen hinzuweisen und Abhilfe einzufordern. Die Ökumenische Diakonie unterstützt Betroffene darin, Advocacy in eigener Sache zu betreiben. Wo dies nicht möglich ist, müssen stellvertretend Hilfswerke wie die Ökumenische Diakonie oder andere Akteure aktiv werden.

Instrumente der Politik mitgestalten

Die Ökumenische Diakonie ist bereits jetzt im direkten Gespräch und in der Auseinandersetzung mit der Politik. Die Mitarbeit in Netzwerken vergrößert die Chancen, langfristig gestaltend auf Politik und die Entwicklung ziviler Instrumente einzuwirken. Erste Erfahrungen mit neuen Organisations- und Institutionalisierungsformen, wie FriEnt¹³ oder dem zivilgesellschaftlichen Beirat zum Aktionsplan der Bundesregierung¹⁴, sprechen dafür, diese Chancen zu nutzen. Wie die Entwicklung des „Aktionsplans Zivile Krisenprävention“ jedoch zeigt, reichen solche Anstrengungen auf der obersten politischen Ebene nur soweit, wie sie von engagierten Protagonisten vorgebracht und durch kontinuierlichen Druck von außen immer wieder angemahnt werden. Auf europäischer Ebene entwickelt sich über den RoCS-Prozess (Role of Civil Society)¹⁵ ein Zugang, um auch hier zumindest die eigenen Positionen zu Gehör zu bringen. Dies alles erfordert ein hochgra-

¹³ Siehe: www.frient.de

¹⁴ Vor über sechs Jahren hat die damalige rot-grüne Bundesregierung ein „Gesamtkonzept Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ beschlossen und sich darin für eine verbesserte Prävention von gewaltsam ausgetragenen Konflikten ausgesprochen. Entsprechend sollten Strategien und Instrumente ziviler Krisenprävention in Deutschland weiterentwickelt und ausgebaut werden. Das entscheidene Umsetzungsinstrument der Bundesregierung hierfür ist der „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“.

¹⁵ Siehe: www.eplo.org/index.php?id=220

dig arbeitsteiliges, kontinuierliches Miteinander zivilgesellschaftlicher Akteure, die ihre Fähigkeiten, eine globale Zivilgesellschaft zu entwickeln, hier beweisen müssen. Sie müssen lernen, dauerhaft wirkungsvoll zusammenzuarbeiten ohne die Prioritäten aus den Augen zu verlieren. Gestaltender Einfluss auf Politik und für die Entwicklung ziviler Instrumente wird umgesetzt in ökumenischen Zusammenhängen (EKD, APRODEV, ÖRK), in enger Zusammenarbeit mit dem EED und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Advocacy für die Unabhängigkeit der Humanitären Hilfe

Die Diakonie Katastrophenhilfe hat sich – gerade auch im Rahmen ziviler humanitärer Netzwerke im deutschen und europäischen Raum – aktiv gegenüber der deutschen Regierung und der Europäischen Union für die Respektierung humanitärer Grundsätze durch Regierungen und Armeen und für eine unabhängige und unparteiliche Positionierung und Aktion der humanitären Hilfsorganisationen in Konflikten eingesetzt. Diese Positionen haben etwa in dem VENRO-Positionspapier „Streitkräfte und humanitäre Hilfe“ Eingang gefunden. Der im Dezember 2007 von der gesamten EU beschlossene europäische Konsensus zur Humanitären Hilfe ist auch Ergebnis einer gemeinsamen humanitären Advocacy. Die Diakonie Katastrophenhilfe sieht es als wichtige Aufgabe an, im deutschen, europäischen und UN-Rahmen dieses Engagement fortzuführen, um dadurch im politischen Raum Akzeptanz und Unterstützung für ihre ethischen Grundsätze gerade auch in den konkreten Konflikten zu erhalten.

4.5 Öffentlichkeitsarbeit und ökumenisches Lernen

Friedensarbeit und Konflikttransformation braucht Öffentlichkeit, nicht immer, aber in vielen Fällen. Die öffentliche Wahrnehmung von ziviler Konfliktbearbeitungskompetenz ist insgesamt nach wie vor unterentwickelt.

Die Stimmen von „Brot für die Welt“ und der Diakonie Katastrophenhilfe werden gehört, aber noch erheben wir sie zu wenig, um Position zu beziehen. Ebenso selten nutzen wir die Gelegenheiten, um auf den Zuwachs an Kompetenz unserer Partner bei der Konflikttransformation aufmerksam zu machen und auch hier Hoffnungszeichen zu setzen.

Im „Sonderprogramm Kolumbien“ sowie in Kooperationen mit dem Institut für Friedenspädagogik, dem Journalistennetzwerk Peace Counts, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und thematischen und regionalen Netzwerken wurden erste Erfahrungen gesammelt, um die öffentliche Wahrnehmung zu verbessern. An diesen kann man anknüpfen. Der Internationale Friedenstag kann stärker genutzt werden, um Friedensstifterinnen und -stifter in Deutschland bekannt zu machen. Die Erfahrungen und das Engagement von Partnern können von Journalisten recherchiert und aufbereitet werden. Es sollen mehr Bezüge zur Dekade „Gewalt überwinden“ hergestellt werden, insbesondere im Hinblick auf die Friedenskonvokation in Jamaika 2011. Dazu gehört, diesen Orientierungsrahmen im Rahmen von Treffen ökumenischer Partnerstrukturen zur Diskussion zu stellen. Auch die „Tour de Paix“ kann dazu genutzt werden, die friedenspädagogischen Aktivitäten in verschiedenen Ländern in die deutsche Öffentlichkeit bringen. Die Websites von „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe – im Besonderen auch die fremdsprachlichen Seiten – können das vielseitige Engagement für Frieden von Partnern, Kolleginnen und Kollegen sichtbarer machen.

Friedens- und Menschenrechtspreise können dazu genutzt werden, um ausgewählte Partner zu stärken und Aspekte des Themas auf die politische Tagesordnung zu bringen. Das Team Menschenrechte hat bereits eine Handreichung für Mitarbeitende erarbeitet, in der viele dieser Preise vorgestellt werden (vgl. Team Menschenrechte 2006). Das Diakonische Werk der EKD ist Mitträgerin des „Martin Ennals Award for Human Rights Defenders“.¹⁶

¹⁶ Siehe: www.martinennalsaward.org

Zu einer Kultur des Friedens beitragen

Friedenspädagogik möchte dazu beitragen, dass Menschen Friedens- und Konfliktfähigkeiten entwickeln und in Friedenshandeln umsetzen. Dies ist in Deutschland so wichtig wie in den Ländern der Partner. Mit einer Reihe von Bildungsmaterialien, die in Kooperation mit dem Institut für Friedenspädagogik in Tübingen¹⁷ entstanden sind, wurde von „Brot für die Welt“ ein wichtiger Beitrag zur Friedenserziehung geleistet.

Inzwischen wurden Bezüge zwischen friedenspädagogischer Arbeit in Süd und Nord geschaffen. Denn auch wenn die Methoden und Inhalte von Friedenspädagogik abhängig sind von den Lernorten, so geht es doch überall darum zu lernen, wie man mit Konflikten konstruktiv umgehen kann. Gleichzeitig möchte Friedenspädagogik einen Beitrag zur Etablierung einer Kultur des Friedens leisten, sowohl in den jeweiligen Gesellschaften als auch weltweit (vgl. Jäger 1996, Jäger/Gugel 2000). Themen der Konflikttransformation sollen weiterhin in der pädagogischen Zeitschrift „Global Lernen“ aufgearbeitet werden.¹⁸

¹⁷ Siehe: www.friedenspaedagogik.de

¹⁸ Siehe: www.brot-fuer-die-welt.de/schule-aktiv/index.php

5 Regionale und thematische Schwerpunkte

Die Herausforderungen sind überwältigend. Um zur Verfügung stehende Ressourcen sinnvoll einzusetzen, ist eine Schwerpunktbildung erforderlich. Das gilt sowohl für Länder und Regionen wie auch für Themen. Schwerpunkte setzen heißt, bewusst Kräfte in verschiedenen Handlungsdimensionen bündeln, z.B. Netzwerke und Advocacyarbeit aufbauen.

5.1 Regionale Schwerpunkte

Hinsichtlich der regionalen Schwerpunktbildung sind die Abteilungen Projekte und Programme und die Diakonie Katastrophenhilfe federführend. Schwerpunkte haben sich zu einzelnen Ländern (z.B. Sri Lanka, Kolumbien) und zu Regionen (Bsp. Horn von Afrika) gebildet. Schwerpunkte haben sich dann entwickelt, wenn

- Austausch und Dialogprozesse von Partnern gefördert wurden;
- über einzelne Projekte in der Konfliktregion hinaus die Bildung und das Engagement ökumenischer Strukturen und Netzwerke (finanziell und durch aktive Mitarbeit) unterstützt wurden und/oder
- besonders intensive Kooperationen zwischen verschiedenen Abteilungen der Ökumenischen Diakonie zu spezifischen Konfliktregionen entstanden sind.

Schwerpunktbildung hat immer auch auf Initiative von Partnern stattgefunden. Aus den praktischen Erfordernissen haben sich regionale Schwerpunkte entwickelt, die der Arbeit der Ökumenischen Diakonie in Konfliktsituationen ihr derzeitiges Profil geben. Darin kommen die oben beschriebenen Grundorientierungen – Konflikttransformation, Lokale Friedenspotenziale, Gender-Gerechtigkeit, menschenrechtliche Orientierung, Humanitäre Hilfe – als Beitrag zum Frieden in immer wieder neuen Konstellationen in der Arbeit vor Ort zum Tragen.

Im Anhang 1 werden die aktuellen regionalen Schwerpunkte ausführlicher beschrieben.

5.2 Thematische Schwerpunkte

In der Arbeit vieler Partner und in vielen Projektansätzen, vor allem in Afrika, hat sich das Thema „Rohstoffe und Konflikt“ als ein Handlungsschwerpunkt herausgestellt. Dies wurde vom Team Menschenrechte aufgenommen und vielfältig unterstützt.

Konflikttransformation in diesem Bereich ist eine hoch komplexe Angelegenheit. Die Transformation solcher Problemlagen kann weder durch einzelne Projekte noch durch einzelne Instrumente der Konfliktbearbeitung allein gelingen. Hier müssen viele Stränge zusammenlaufen, die auf den ersten Blick mit Konflikttransformation nur indirekt zu tun haben, wie die Bekämpfung der Korruption, die Unterbindung des illegalen Handels mit Rohstoffen oder die Stärkung der Bevölkerung in ihren Strukturen und ihrer Verhandlungsmacht.

In ihrem Zusammenwirken in bestimmten, von dieser Problematik besonders betroffenen Regionen, erweist sich ihr transformierendes Potenzial. Ausgehend von umfassenden Analysen und einer Gesamtperspektive sind Arbeiten und Aktivitäten in verschiedenen „Arenen“ erforderlich. Dabei gibt es viele Anknüpfungspunkte; es bedarf aber auch neuer Bündnisse.

Bereits jetzt haben Partnerorganisationen die Zusammenhänge zwischen Frieden bzw. bewaffneten Konflikten und den extraktiven Industrien erkannt und Handlungsstrategien auf verschiedenen Ebenen entwickelt. In vielen relevanten Bereichen sind die Partner qualifiziert (Analyse, Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, Strategieentwicklung, internationale Instrumente zum Einfordern von Unternehmensverantwortung etc.) und haben sich Möglichkeiten erarbeitet, Dienste von Beraterinnen und Beratern und Anwälten ihrer eigenen Wahl in Anspruch zu nehmen. Sie sind bereits auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene vernetzt.

Auf der anderen Seite werden Rohstoffkonzerne sensibler für die Bedürfnisse und Potenziale betroffener lokaler Bevölkerungen. Sie lassen sich auf den Dialog mit erfahrenen Entwicklungsorganisationen ein.

Längerfristig muss ein Zwischenziel sein, dass die verarbeitende Industrie und der Handel in Deutschland Mitverantwortung für die Bedingungen übernehmen, unter denen Rohstoffe produziert werden. Im Ergebnis muss es dazu kommen, dass internationale Standards (OECD-Guidelines, Zertifizierungsprozesse, Transparenz der Zahlungsflüsse) geschärft und Unternehmen und Banken gegenüber durchgesetzt werden. Maßnahmen sind nötig, um Korruption effektiv zu bekämpfen und die Finanzierung von Entwicklung aus den Einnahmen der extraktiven Industrien sicherzustellen. In allen Phasen der Rohstoffförderung müssen geeignete Instrumente zur umfassenden Aufklärung und Partizipation der Bevölkerung zur Anwendung kommen. Dazu gehört die Schaffung von Dialogforen, in denen Betroffene direkt mit den Akteuren der Förderprojekte verhandeln können.

Für die Ökumenische Diakonie stellt sich hier die Aufgabe, die Advocacy-, Lobby- und Rechercharbeit der Netzwerke weiter aktiv mitzugestalten. Sie kann spezifische Recherche- und Austauschinitiativen von Partnern fördern, durch die die Zusammenhänge verdeutlicht werden und mit denen Instrumente weiterentwickelt werden können. Seitens der Ökumenischen Diakonie kann der Dialog mit Konzernen zu spezifischen Aspekten (Entwicklung und Gewaltprävention) im Rahmen von Netzwerken (Fatal Transactions oder AG Erdöl Tschad-Kamerun) wieder aufgenommen werden.

6 Vom Orientierungsrahmen zur Aktion

Angesichts von Gewalt und zugespitzten Konflikten bekräftigt die Ökumenische Diakonie ihr Engagement für Frieden und Gerechtigkeit. Sie möchte mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dazu beitragen, dass Gewalt überwunden wird und Konflikte konstruktiv ausgetragen werden. Sie sieht Konflikttransformation als einen Prozess, bei dem es nicht um schnelle Lösungen geht, sondern um Prozesse in denen Not gelindert und neue Beziehungen geschaffen werden, Wahrheit ans Licht kommt und Vergebung möglich wird, wo Institutionen aufgebaut werden, Dialog zu Normen und Werten stattfinden kann, Kompetenzen geschaffen werden und Hoffnung entsteht.

Die Ökumenische Diakonie hat mit diesem Reflektions- und Dialogprozess einen Weg eingeschlagen, der über das hinausreichen soll, was ihre Abteilungen bereits jetzt zusammen mit ihren Partnern konstruktiv in Konflikten leisten. Dies ist ein offener Prozess, der von dem Bewusstsein der Verschiedenartigkeit der Mandate und Aufgaben getragen ist. Die Ökumenische Diakonie nimmt sich mit diesem Prozess in die Pflicht, sich der Herausforderung durch Konfliktsituationen zu stellen und ihnen mit einem transformatorischen Ansatz, kohärentem Handeln und größtmöglicher Synergie zu begegnen. Ihr ist bewusst, dass sie nur einen kleinen Beitrag leisten kann, aber dass sie diesen Beitrag erheblich steigern kann, wenn sie ihre Potenziale klug zu nutzen und zu entwickeln weiß.

Der Orientierungsrahmen will dazu anregen, in den einzelnen Handlungsfeldern konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Denn ein Orientierungsrahmen ersetzt das Handeln nicht. Der nächste Schritt im Prozess wird die Entwicklung von Planungen sein, die zusammenstellen, wie sich die einzelnen Bausteine des Orientierungsrahmens in konkreten Konfliktsituationen in die Praxis umsetzen lassen. Schwerpunktsetzung wird hierbei eine zentrale Aufgabe sein, auch und gerade für die Jahresplanungen und die anstehende strategische Planung. Regionale und thematische Schwerpunkte ent-

stehen im Dialog mit den Partnern. Damit sich aus einer spezifischen Herausforderung ein Schwerpunkt entwickelt, müssen Ressourcen gezielt für die thematische Arbeit eingesetzt werden. Der Orientierungsrahmen soll in die vier Arbeitssprachen der Ökumenischen Diakonie übersetzt werden, um mit den Partnern den Dialog zu intensivieren.

Der Partnerdialog, Erfahrungen in der Praxis, aber auch die Wandlungen in den Rahmenbedingungen werden Veränderungen im Orientierungsrahmen erforderlich machen.

Regionale Schwerpunkte

Die Beschreibung der regionalen Schwerpunkte soll die Vielfalt des Engagements deutlich machen. Über die beschriebenen Länder und Regionen hinaus gibt es noch eine Reihe weiterer einzelner Projekte und Programme, die entweder in Kontexten von gewaltsamen Konflikten durchgeführt werden oder direkt zur Überwindung von Gewalt beitragen möchten. Das internationale Projekt „Häusliche Gewalt überwinden“ hat z.B. dazu beigetragen, dass dazu viele Partner arbeiten. Im folgenden Text wird dies nur beispielhaft beleuchtet.

1. Afrika

Die Ursachen der zahlreichen Konflikte in Afrika sind vielschichtig und in den einzelnen Regionen durchaus unterschiedlich. Dennoch gibt es Konfliktfaktoren, die in vielen Ländern auftauchen und entweder Konflikte verursachen oder zu deren Verschärfung beitragen:

- Die Schwäche (oder Abwesenheit) demokratischer Institutionen: Die Usurpation politischer Macht durch kleine Cliquen und damit die Exklusion der Mehrheit der Bevölkerung von politischer Partizipation und Mitgestaltung provoziert in zahlreichen Ländern Afrikas Konflikte. In vielen Ländern gibt es Auseinandersetzungen um das Recht auf Selbstbestimmung großer Bevölkerungsgruppen und Regionen wegen der verbreiteten Marginalisierung ganzer Regionen und ethnischer Gruppen. Die fehlenden Möglichkeiten politischer Partizipation, fehlende Rechtsstaatlichkeit, Straflosigkeit, sowie Korruption fördern den Rückgriff auf Gewalt.

- Die starke Abhängigkeit der Länder von wertvollen Rohstoffen (Bodenschätze, natürliche Ressourcen, etc.): Der legale und illegale Abbau von Rohstoffen trägt auf vielfältige Weise zur Verschärfung bestehender Konflikte bei. Gerade in solche Konflikte sind die Interessen von Staaten und Unternehmen anderer Kontinente auf das Engste hineinverwoben und verkomplizieren die Suche nach Wegen, die Konflikte gewaltfrei zu be-

arbeiten. Der in Afrika noch relativ neue aber rapide zunehmende Anbau von Pflanzen zur Gewinnung von Agrotreibstoffen dürften die absolute Armut vieler Menschen und damit das Konfliktpotenzial weiter verschärfen.

- Die große Armut und das niedrige Bildungsniveau: Die zunehmende Knappheit natürlicher Ressourcen wie Land, Wasser, Lebensmittel und die jüngsten Preissteigerungen für Lebensmittel vergrößern die Armut und damit das Konfliktpotenzial. Fehlende Bildung und Perspektivlosigkeit fördern die Gewaltbereitschaft und das Interesse am „Kriegshandwerk“, vor allem von jungen Leuten.

Eine weitere Eskalation von gewaltsam ausgetragenen Konflikten in verschiedenen Regionen (Horn von Afrika, Zentralafrika mit Tschad und Sudan, Große Seen mit Kongo, Simbabwe im südlichen Afrika) zeichnet sich ab. Somit ist es für „Brot für die Welt“ notwendig, Aktivitäten zur Konfliktbearbeitung in der Region zu unterstützen, gleichzeitig aber auch internationale Lobbyarbeit zu fördern und zu qualifizieren, um der Zivilgesellschaft im Süden eine Stimme zu geben.

In Nachkriegsländern und instabilen Situationen konzentriert sich die Arbeit auf die Prävention von Gewalt, indem der Aufbau demokratischer Strukturen, Versöhnung und Entwicklung gefördert werden (Entwicklungsprogramme, Reintegration von Kindersoldaten, Traumarbeit, Menschenrechtsarbeit, Training in gewaltfreier Konfliktbearbeitung, Programme zur Überwindung häuslicher Gewalt, Initiativen gegen Genitalverstümmelung, Einforderung und Sicherung von Landrechten) z.B. in Sierra Leone, Uganda, Togo, Niger, Angola, Südafrika, Burundi, Ruanda, Zimbabwe.

Die regionalen Schwerpunkte der Arbeit liegen in den Großregionen Horn von Afrika, im Gebiet der großen Seen, in Teilen Zentralafrikas (Tschad, Sudan-Darfur, Zentralafrikanische Republik) und in Kenia. Die Konflikte dort sind regional miteinander verwoben und haben alle eine starke internationale Dimension. In der gesamten Region werden daher Maßnahmen in allen Handlungsdimensionen unterstützt und durchgeführt.

Im Sudan arbeiten das „Sudan Ecumenical Forum“ und der „Sudan Focal Point“ zusammen mit den sudanesischen Kirchen und Nichtregierungsorganisationen für die Umsetzung des Friedensabkommens, die Wahrnehmung des Rechts auf Selbstbestimmung, für Versöhnung und einen gerechten und dauerhaften Frieden. Die Auseinandersetzung mit Konflikten, die aus der Erdölförderung resultieren und der Einsatz für eine sinnvolle und gerechte Nutzung der Ölressourcen bilden den Schwerpunkt der Arbeit der European Coalition on Oil in Sudan (ECOS).

In Äthiopien schlägt sich der Schwerpunkt Konfliktbearbeitung in der Unterstützung von Organisationen nieder, die einen Beitrag zur Demokratieerziehung bzw. zur Menschenrechtsarbeit leisten.

In Somalia ist es schwieriger, unmittelbare Anknüpfungspunkte zu finden. Hier wird weiterhin versucht, vor allem über die Förderung eines themenzentrierten interreligiösen Dialogs zwischen christlichen und muslimischen Führungspersonlichkeiten zu friedlichen Lösungen beizutragen.

In Kenia geht es zunächst vor allem um ein besseres Verständnis der Zuspitzungen Anfang des Jahres 2008. Dabei wird auch die Rolle der Kirche in dem Konflikt beleuchtet. Ziel ist es, mit geeigneten Maßnahmen Versöhnung, Traumaarbeit und die Bearbeitung grundlegender sozioökonomischer Ursachen zu ermöglichen. Kooperationspartner sind hier vor allem der nationale Kirchenrat (NCCK), der Regionalverbund der Kirchenräte im Horn von Afrika und dem Gebiet der Großen Seen (FECCLAHA) und die Nairobi Peace Initiative (NPI).

In der Krise im Tschad, Anfang Februar 2008, haben sich die seit langem aufgebauten internationalen Beziehungen bewährt. Menschenrechtverteidigerinnen und -verteidiger und Friedensstifterinnen und -stifter konnten geschützt und Advocacyarbeit in der EU, den USA und der Schweiz zeitnah mobilisiert werden.

Die Arbeit zu Darfur/Sudan, zum Tschad und zur Zentralafrikanischen Republik vernetzt sich kontinu-

ierlich. Dabei spielt die Unterstützung ökumenischer Initiativen eine große Rolle. In Ergänzung ist die Arbeit des Tschad-Kamerun-Erdölnetzwerkes weiterhin von großer Bedeutung.

Für die Gesamtregion arbeitet unter dem Dach der All African Conference of Churches ein Ökumenisches Friedens- und Anwaltschaftsprogramm im Horn von Afrika, Kenia und dem Gebiet der großen Seen. Wichtige Arbeitsschwerpunkte dieses Programms sind Ökumenische Präsenz und Friedensmissionen, die Interreligiöse Friedens- und Versöhnungsarbeit, der Aufbau von Kompetenzen für religiöse Führungspersonlichkeiten und der Aufbau von Grundlagen für Advocacy und den Dialog zwischen Religionen und Politik.

In Südafrika wiederum ist die „Treatment Action Campaign“ ein Beispiel, wie offensiver aber konstruktiver Umgang mit Konflikt zu nachhaltigen Verbesserungen führen kann. Die Kampagne hat den Konflikt zwischen HIV-Positiven und Regierung verschärft. Durch Gerichtsverfahren, Demonstrationen und einer Kampagne zivilen Ungehorsams wurde erreicht, dass sich die Politik der Regierung gewandelt hat und Südafrika inzwischen eine gut ausgearbeitete nationale Präventions- und Behandlungsstrategie zu HIV zusammen mit der Zivilgesellschaft entworfen und verabschiedet hat.

Für die Diakonie Katastrophenhilfe liegt der regionale Schwerpunkt ihrer derzeitigen Förderstrategie auf Afrika. Hauptförderländer sind in Afrika derzeit Somalia, Sudan (Darfur und Südsudan) und Demokratische Republik Kongo.

Inhaltliche Förderschwerpunkte sind akute Überlebenshilfe für Opfer von Gewaltkonflikten wie z.B. intern Vertriebenen sowie Rehabilitation z.B. der landwirtschaftlichen Selbstversorgung oder von Basisdienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich.

Gemeinsam mit ACT International und Caritas arbeitet die Diakonie Katastrophenhilfe in einem Programm (Darfur Emergency Response Operation DERO) für

Flüchtlinge, in dem Traumaarbeit, die Ausbildungen von Trainer für Peace Building und Advocacyarbeit zum Schutz der Zivilbevölkerung und der Unterstützung von lokalen Friedensinitiativen eine zentrale Rolle spielen.

2. Asien

Die Situation in verschiedenen Ländern der Region Asien/Pazifik ist erheblich von internationalen und nationalen Konflikten geprägt. Insbesondere Kämpfe von ethnischen Minderheiten für politische Autonomie oder Unabhängigkeit sowie die Reaktionen der jeweiligen Regierungen und Machthaber prägen die Konfliktsituationen. In den meisten Fällen kommt es zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen und zu Vertreibungen. Soziale Basisdienste stehen nicht mehr zur Verfügung.

In vielen Ländern der Region manifestieren sich Konflikte entlang religiöser Zugehörigkeiten. Wie sehr Konfliktbearbeitung maßgeschneidert sein muss und von der Konfliktsituation und der Partner abhängt, spiegelt sich in den einzelnen Schwerpunktländern wieder. In manchen Ländern, vor allem in Südasien, gibt es etablierte Partner und entwickelte Netzwerkstrukturen, in anderen, wie im Nahen Osten, beginnt der Aufbau eines Partnernetzwerkes gerade erst, und es geht um Orientierung. Im Nahen Osten, aber auch in Sri Lanka, zwingt die Konfliktdynamik dazu, Programmschwerpunkte flexibel zu handhaben. Ein Überblick benennt wichtige Partner, Netzwerke, und inhaltliche Schwerpunkte in den am stärksten von Konfliktsituationen betroffenen Ländern.

Nahost: Die 2006 begonnene Zusammenarbeit mit einem israelisch-jüdischen Partner (New Profile) im Bereich Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung innerhalb der israelischen Gesellschaft wird nach einer erfolgreichen Pilotphase 2008 weitergeführt, eine weitere Kooperation in diesem Bereich ist vorgesehen. Ein gemeinsames Projekt von „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe zur Unterstützung ihrer Partnerorganisationen in den Palästinensischen Gebieten bei der Konfliktransformations in Zusammen-

arbeit mit dem Funktions-Transfer-Büro wurde 2007 entwickelt und eine erste Phase umgesetzt. Die teilnehmenden Partner wurden auf unterschiedlichen Ebenen sensibilisiert und im Umgang mit Konflikten unterstützt. Ziel ist es, ihre Konfliktbearbeitungskapazitäten aufzubauen. Gleichzeitig erfolgte eine Bedarfserhebung unter den Partnern (mit Schwerpunkt Palästinensische Gebiete und Israel) zum Thema „Konflikt“. Vorgesehen ist die Aufnahme des Dialogs zu den Themen „Gender und Konflikte“.

Sri Lanka: Der eskalierende Konflikt hat in den letzten Jahren zu einer Verschiebung der Prioritäten zugunsten der Programmpriorität „Gewalt überwinden – Demokratie fördern“ geführt. Alle geplanten Projekte beinhalten teilweise oder ausschließlich diesen Fokus. Diese Projekte sollen insbesondere zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen beitragen, die sich gegen Diskriminierung, für einen demokratischen Staat und für den Erhalt der Bürger- und Menschenrechte einsetzen. Damit verbunden muss der zunehmend schwierigen Situation der Flüchtlinge Rechnung getragen werden. Ein wichtiges Element der Menschenrechts- und Friedensarbeit bildet die internationale Advocacyarbeit, wofür durch die Zusammenarbeit mit deutschen und europäischen NROs eine gute Grundlage gelegt wurde.

Der Fokus der Diakonie Katastrophenhilfe liegt in Sri Lanka auf der Unterstützung von neu vertriebenen Binnenflüchtlingen (Batticaloa, Mannar) und der Unterstützung von Rückkehrenden (Batticaloa).

In Bangladesch wird die Zusammenarbeit mit dem Bangladesch-Forum mit dem Ziel der Stärkung der Zivilgesellschaft und gemeinsamer Advocacyarbeit fortgesetzt. Der Themenkomplex Gewalt gegen Frauen – häusliche Gewalt – Frauenrechte ist Bestandteil eines längeren themenbezogenen Dialogs mit dem Ziel, Maßnahmen zur Überwindung von Gewalt gegen Frauen und deren Folgen (z.B. im Zusammenhang mit der Feminisierung von HIV/Aids) in die Entwicklungsmaßnahmen zu integrieren.

In Indochina steht die Überwindung häuslicher Gewalt in vielen Programmen im Vordergrund. Die Verknüpfung

zwischen häuslicher Gewalt, Genderungleichheit und HIV/Aids-Gefährdung sowie Frauenhandel als Menschenrechtsverletzung wird immer deutlicher und in den Projekten angegangen.

In Indien bleibt die Überwindung der Diskriminierung von Dalits und der Gewalt gegen Frauen sowie die Diskussion mit Partnern zu religiös oder ethnisch bedingter Gewalt im Zentrum der Zusammenarbeit. Im Rahmen der Aktivitäten des Internationalen Dalit-Netzwerks wird die Kampagne gegen Gräueltaten gegenüber Dalits (v.a. gegenüber Dalitfrauen) weitergeführt.

Projektförderung und Advocacyarbeit auf nationaler und internationaler Ebene gehen dabei Hand in Hand. Verschiedene Instrumentarien der Menschenrechtsinstitutionen der Vereinten Nationen werden hierfür genutzt (Universal Periodic Review, Komitee zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung CERD, Komitee zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen CEDAW, Komitee zu den Kinder- und WSK-Rechten).

Die Arbeit zur Verwirklichung der Menschenrechte der Dalits und gegen ihre Diskriminierung und gesellschaftliche Marginalisierung ist ein Beispiel für einen asymmetrischen Konflikt, bei dem eine gesellschaftliche Gruppe in einer Weise marginalisiert ist, die es ihr bisher unmöglich gemacht hat, die Unterdrückung, Ausbeutung und Marginalisierung zu Gehör zu bringen. Durch Empowerment- und Advocacyarbeit wurden die Ungerechtigkeiten in die Öffentlichkeit gerückt. Dadurch ist es zunächst zu einer gewissen Zuspitzung eines bisher nur schwelenden Konfliktes gekommen. Aber erst damit wurde die Grundlage zu dessen Transformation gelegt. Gesellschaftliche Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Vernachlässigung und Marginalisierung kamen zur

Sprache; Ansprüche auf gesellschaftliche Teilhabe und Machtverteilung wurden deutlich und damit verhandelbar.

Die besondere Herausforderung für Konflikttransformation besteht dabei darin, in diesem Prozess der bewussten Zuspitzung darauf zu achten, dass alle Schritte immer gewaltfrei bleiben und konstruktive Wege der Transformation gefunden werden.

Die Ausstellungen „Peace Counts – Lernen wie man Frieden macht“ und „Rosenstraße 76 – Häusliche Gewalt überwinden“ werden von Partnern an indische Verhältnisse adaptiert und für friedenspädagogische Arbeit genutzt.

Philippinen: „Brot für die Welt“ ist dem „Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen“ beigetreten, das von mehreren deutschen Hilfswerken unterstützt wird und sich für Advocacy- und Lobbyarbeit gegen die politischen Morde engagiert. Ein Roundtable zum Thema „zivile Konfliktbearbeitung“ mit Partnern aus Mindanao hat dazu beigetragen, die Partner besser miteinander zu vernetzen und die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte gegenseitig auszutauschen. In Zusammenarbeit mit dem Peace Counts Netzwerk und dem Institut für Friedenspädagogik werden Dialog, Qualifizierung sowie Friedenspädagogik und Öffentlichkeitsarbeit intensiviert.

Mit der Kadtuntaya Foundation (KFI) hat „Brot für die Welt“ einen Partner, der sich als Entwicklungsorganisation der Herausforderung von Konflikt und Gewalt gestellt hat und eine hohe Kompetenz im Bereich Konflikttransformation entwickelt hat. KFI unterstützt die Bevölkerung bei der Vereinbarung von Friedenszonen mit den kriegführenden Parteien.¹⁹

¹⁹ KFI hat mit anderen geschafft, was unglaublich klingt: Guiamel Alim berichtete beim Internationalen Friedenstag am 21.09.2007 in Bonn: „Die Menschen hatten genug vom Krieg und suchten Auswege.“ Eine Idee war, dass Kampfhandlungen wenigstens auf dem Gebiet einzelner Gemeinden unterbleiben würden. „Es hatte viel damit zu tun, Menschen stark zu machen, und wir unterstützten sie dabei: Sie mussten ihre Situation verstehen. Sie mussten Vorstellungen darüber entwickeln, wie die Zukunft aussehen sollte. Sie mussten den Mut aufbringen, ihren Feinden gegenüberzutreten. Schließlich sind sie zu den Militärs gegangen und haben gesagt: Wir wollen unser Dorf zu einer Friedenszone erklären.“ Sie haben mit Militärs und Rebellen verhandelt, die das erst nicht wollten, sich aber dann überzeugen ließen.

2007 wurde beim wiederaufflammenden Konflikt in Mindanao durch Partner der Diakonie Katastrophenhilfe Humanitäre Hilfe für zwischen die Kriegsfronten geratene Zivilisten geleistet.

3. Lateinamerika

In Lateinamerika sind viele gewaltsame Konflikte auf extreme Ungleichheit bei der Verteilung der Ressourcen (Landverteilung und Bodenschätze), der Einkommen und/oder undemokratische Regierungsformen zurückzuführen. Die Folgen diktatorischer Verhältnisse in Mittelamerika (vor allem Guatemala, El Salvador, Nicaragua) als auch im Süden (besonders Chile, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien) sind bis heute spürbar.

Die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit blieb vielfach unzureichend oder unvollendet, und auch heute werden in vielen Ländern Verbrechen nicht ausreichend rechtsstaatlich geahndet. Gegenwärtig wächst das Konfliktpotenzial durch die zunehmende Armut großer Teile der Bevölkerung aufgrund der Preissteigerungen bei Lebensmitteln. Dies ist die direkte Folge der Nutzung immer größerer Landflächen für die Exportproduktion von Viehfutter oder Agrotreibstoffen.

„Brot für die Welt“ engagiert sich in den unten genannten Schwerpunktländern neben der Projektförderung auch im Bereich der Vernetzung vor Ort und leistet Advocacyarbeit auf deutscher und europäischer Ebene im Verbund mit anderen.

In Brasilien ist das Thema Gewalt gegen Jugendliche und von Jugendlichen seit Jahren latent, doch hat es in jüngster Vergangenheit vor allem in den Städten an Brisanz zugenommen. „Brot für die Welt“ engagiert sich deshalb vermehrt, um Jugendlichen aus armen Verhältnissen Auswege aus der Gewalt zu zeigen und andererseits staatliche Stellen bei der Umsetzung des seit 18 Jahren vorliegenden Kinder- und Jugendstatutes zu unterstützen bzw. dessen Verletzungen anzuzeigen und für die sozialen und ökonomischen Ursachen von Gewalt zu sensibilisieren.

Sowohl Mexiko als auch Guatemala sind Länder, in denen das Engagement für Konflikttransformation große Priorität hat. In diesen Ländern werden indigene Rechte vielfach missachtet und Proteste mit Gewalt unterdrückt. In Mexiko findet eine wachsende Zahl von Menschenrechtsverletzungen durch Vertreibungen im Rahmen von geplanten Großprojekten statt. Bewegungen, die soziale Gerechtigkeit und den Respekt der Menschenrechte einfordern, werden kriminalisiert und unterdrückt. Rassistische Gewalt und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen sind verbreitet. Frauenmorde werden in allen mittelamerikanischen Ländern gehäuft registriert. Es herrscht eine hohe Rate an häuslicher Gewalt, Gewalt gegen Jugendliche und von Jugendlichen bis hin zur Bandenbildung.

In beiden Ländern gibt es Ansätze von Konflikttransformation und Versöhnungsarbeit. Die katholische Kirche, einige evangelische Kirchen (z.B. ILUGUA) sowie einige Menschenrechtsorganisationen (SERAPAZ Mexico, Fundación Myrna Mack Guatemala) entwickeln Alternativen und engagieren sich für die Aufarbeitung der Vergangenheit, Vermittlung in konkreten Konfliktsituationen, Stärkung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen und Gewaltopfern und den Aufbau und die Stärkung von Institutionen, die eine gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten ermöglichen (Gesetzgebung, Einrichtung von Ombudsstellen, Menschenrechtsausschüssen, Anlaufstellen für indigene Frauen, Mitwirkungsorganisationen auf lokaler Ebene).

Seit mehr als 40 Jahren ist Kolumbien Schauplatz für eine der weltweit blutigsten politischen Auseinandersetzungen. Paramilitärische Gruppen, Militär und Guerilla-Gruppen kämpfen um territoriale und politische Macht und Kontrolle. Über den Drogenhandel fast aller Beteiligten wird ein Großteil des Konflikts finanziert. Hervorzuheben ist die prekäre und schwierige Situation der größten Opfergruppe, der über 3,5 Millionen Binnenvertriebenen.

Die systematische Verletzung von Menschenrechten und das hohe Ausmaß von Straflosigkeit (nahezu 97 Prozent) werden von UN-Menschenrechtsberichten bestätigt. Militärische und paramilitärische Akteure bege-

hen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Terror und Kontrolle werden besonders über die Landbevölkerung und damit über deren fruchtbare Ländereien ausgeübt mit dem Ziel, Megaprojekte in der Agrarindustrie (Viehzucht, Anbau von Ölpalmen, Kakao und Bananen) und Bergbau durchzuführen. Die Guerillaorganisationen verletzen fortgesetzt das Humanitäre Völkerrecht insbesondere durch Zwangsrekrutierungen, Entführungen von Zivilpersonen und Überfälle auf zivile Einrichtungen (Strom- und Ölleitungen etc.).

Aus der Bearbeitung des komplexen Konfliktes in Kolumbien hat sich ein Sonderprogramm entwickelt. Mit dem „Sonderprogramm Kolumbien“ von „Brot für die Welt“ werden gezielt die Situation und die Partner-Anliegen bekannt gemacht und ein Beitrag für den Schutz von Partnerorganisationen geleistet. Im Sonderprogramm werden Synergien zwischen Abteilungen und Teams der Ökumenischen Diakonie gezielt geschaffen, im Besonderen zwischen Projektförderung, Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit.

„Brot für die Welt“ unterstützt in Kolumbien viele Menschenrechtsorganisationen mit dem Ziel, die Menschenrechtssituation zu verbessern. Anwaltskollektive setzen sich besonders für benachteiligte Gruppen wie Afro-Kolumbianerinnen und -Kolumbianer und Indigene ein. Die Rechte auf Territorium, Nahrung und Kultur werden juristisch auf nationaler und internationaler Ebene verteidigt und Straflosigkeit bekämpft.

In einigen Regionen werden Gemeinden unterstützt, die mit gewaltfreien Mitteln versuchen, Friedenszonen einzurichten und so ihr Land und ihre Rechte zu verteidigen. Auch werden Jugendinitiativen gefördert, die durch Öffentlichkeitsarbeit und politische Lobbyarbeit die Rechte von Jugendlichen thematisieren. Die Vernetzung der „Brot für die Welt“-Partner in den Regionen und auf nationaler Ebene in Kolumbien nimmt einen großen Stellenwert in der Förderung ein.

Wiederaufbau und Stärkung des sozialen Netzes und die gemeinsame Artikulation spielen eine wichtige Rolle. Die kolumbianische Menschenrechts-Koordination arbeitet eng mit den europäischen und den deutschen

Netzwerken zusammen. „Brot für die Welt“ beteiligt sich auf deutscher und europäischer Ebene an Lobbyaktivitäten.

Die Diakonie Katastrophenhilfe fördert in Lateinamerika vor allem Projekte in Kolumbien und Haiti. In Kolumbien, mit der weltweit nach dem Sudan größten Zahl von intern Vertriebenen, bemüht sich die Diakonie Katastrophenhilfe darum, durch ihre Humanitäre Hilfe Schutzmechanismen zu stärken, die ein Überleben der am meisten bedrohten Bevölkerungsgruppen ermöglichen. Zugleich leistet sie Begleitung bei Prozessen zur Traumabewältigung und setzt sich im Dialog mit UN-Organisationen für den Respekt des Humanitären Völkerrechts ein. Auf Haiti arbeitet die Diakonie Katastrophenhilfe für eine verbesserte Ernährungssituation der ärmsten Bevölkerungsschichten.

Literaturliste

Kirchliche Grundsatzdokumente und Berichte

- Evangelische Kirche in Deutschland (1973): Der Entwicklungsdienst der Kirche, ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. Eine Denkschrift der Kammer der Evang. Kirche in Deutschland für Kirchlichen Entwicklungsdienst, Gütersloh
- Evangelische Kirche in Deutschland (2002): Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Gewaltsame Konflikte und zivile Interventionen am Beispielen aus Afrika. Herausforderungen für kirchliches Handeln. Eine Studie der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt. Hannover
- Evangelische Kirche in Deutschland (2007): Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung GKKE (Hrsg.) (1995): Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung: Dokumentation der Internationalen Fachtagung über Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung (31.3. - 4.4.1995, Bonn). Erfahrungen aus Mesoamerika, Horn von Afrika und Mosambik. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung. Bonn
- Mavunduse, Diana/Simon Oxley (2002): Why Violence? Why Not Peace? A study guide to help individuals and groups in the churches to reflect and act in the Decade to Overcome Violence. Geneva: WCC Publication

Handreichungen und interne Papiere der Ökumenischen Diakonie

- Brot für die Welt (Hrsg.) (1998): Sektorpapier „Friedensförderung/Versöhnung, Konfliktschlichtung, Civic Education“. Stuttgart
- Lottje, Werner (1994): Handlungsmöglichkeiten humanitärer Organisationen in bewaffneten Konflikten. Stuttgart
- Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung für „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe (2006): Handreichung zur Konfliktanalyse. Erstellt von Barbara Müller und Martin Petry. Stuttgart
- Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung für die Ökumenische Diakonie (2007): Handreichung: Umgang mit dem Thema „Trauma“ in der Ökumenischen Diakonie. Erstellt von Monika Wucherpfennig und Ellen Gutzler. Stuttgart
- Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung für die Ökumenische Diakonie (2008): Training Institutes for Conflict Transformation and Peacebuilding. Compiled for internal use. Erstellt von Martin Petry and Cathrine Schweikardt. Stuttgart
- Team Grundsatz und Entwicklung für „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe (2006): Konflikt und Gender. Eine Handreichung. Erstellt von Barbara Müller. Stuttgart
- Team Menschenrechte für die Ökumenische Diakonie (2006): Begriffe der Zivilen Konfliktbearbeitung. Glossar für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ökumenischen Diakonie. Erstellt von Sophia Wirsching und Martin Petry. Stuttgart
- Team Menschenrechte für die Ökumenische Diakonie (2007): Menschenrechts- und Friedenspreise als Instrumentarium für die Menschenrechts- und Friedensarbeit. Erstellt von Nicole Däuerling und Martin Petry. Stuttgart

Positionierungen Ökumenische Diakonie

- Brot für die Welt, EED (2007): Genderstrategiepapier. Stuttgart/Bonn
- Brot für die Welt, EED, Misereor (2003): Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Interventionen?

- Gemeinsames Positionspapier der kirchlichen Hilfswerke. Stuttgart (u.a.)
Deutscher Caritasverband, Diakonisches Werk der EKD (2004): Gemeinsame Erklärung Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe, Stuttgart/Freiburg
Diakonie Katastrophenhilfe (2003a): Grundlagen der Arbeitsweise. Stuttgart
Diakonie Katastrophenhilfe (2003b): Mission Statement. Stuttgart
Diakonisches Werk der EKD e.V. für die Aktion „Brot für die Welt“ (2000): Den Armen Gerechtigkeit 2000 – Herausforderungen und Handlungsfelder. Stuttgart
International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies and the International Committee of the Red Cross: Code of Conduct for NGOs in Disaster Relief. The International Committee of the Red Cross.
Online: www.gdrc.org/ngo/codesofconduct/ifrc-codeconduct.html (Stand: 30.10.2008)

Publikationen, Themenhefte

- Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (Hrsg.) (1999): Frieden muss von innen wachsen. Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit. Werkstattbericht der kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt, Dienste in Übersee, Evangelisches Missionswerk, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Kirchlicher Entwicklungsdienst und Misereor. Bonn/Stuttgart
Brot für die Welt in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Pädagogik und dem Institut für Friedenspädagogik Tübingen e. V. (Hrsg.): GLOBAL LERNEN, Service für Lehrerinnen und Lehrer. Verschiedene Themen: Humanitäre Interventionen, 3-07; Versöhnung, 2-06; Gewaltprävention, 3-05; Fair Play For Fair Life, 2-05; Erdöl und Menschenrechte, 1-02; Terrorismus und gerechte Weltordnung, 2-01; Kleinwaffen, 3-00; Konstruktive Konfliktbearbeitung 3-99; ÖRK - Überwindung von Gewalt 3-98
Brot für die Welt (2000): Principles for the conduct of company operations within the oil and gas industry with particular emphasis on ecologically and socially sensitive areas. A Discussion Paper. Stuttgart 2000.
Online: www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/Principles_for_the_conduct.pdf (Stand: 30.10.2008)
Diakonisches Werk der EKD (Hrsg.) (2007): Häusliche Gewalt überwinden: Eine globale Herausforderung - Erfahrungen und Empfehlungen aus dem internationalen Projekt. Stuttgart
Global Policy Forum Europe (2007): Mehr Transparenz für mehr Entwicklung. Rohstoffkonzerne und Regierungen in der Pflicht. Herausgegeben vom Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. für die Aktion „Brot für die Welt“ und Misereor Aachen/Bonn/Stuttgart, Online: www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/Broschuere_Transparenz.pdf (Stand: 30.10.2008)
Jäger, Uli (1996): Soft power. Wege ziviler Konfliktbearbeitung. Ein Lern- und Arbeitsbuch für die Bildungsarbeit und den Unterricht. Hrsg. von Brot für die Welt, Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V., Stuttgart und Tübingen
Jäger, Uli/Günther Gugel (2000): Streitkultur, Konflikteskalation und Konflikttransformation. Eine Bilderbox und Plakatserie. Brot für die Welt und Verein für Friedenspädagogik, Tübingen
Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit (2006): Reichtum – Macht – Gewalt: Sicherheit in Zeiten der Globalisierung. (Jahrbuch Gerechtigkeit 2). Oberursel: Publik-Forum-Verlag
Ökumenisches Netz Zentralafrika und Forum Menschenrechte (Hrsg.) (2007): Von der Gewalt- zur Friedensökonomie. Deutsche Unternehmen in der Demokratischen Republik Kongo
Robinson, Clive (2005): Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Eine Untersuchung im Auftrag der Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe (APRODEV). Stuttgart: Brot für die Welt; Bonn: EED

Literaturliste

- Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (2007a): Bodenschätze – Wirtschaftsfaktor oder Konfliktpotenzial. Dritte Welt Information. In Kooperation mit Brot für die Welt. Frankfurt/Main
- Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (2007b): Extractive industries and civil society – Africa is not for sale. Eins Entwicklungspolitik. In Kooperation mit Brot für die Welt. Frankfurt/Main

Fachliteratur

- Anderson, Mary/Lara Olson (2003): Confronting War: Critical Lessons for Peace Practitioners. Reflecting on Peace Practice Project, CDA Collaborative for Development Action, Cambridge
- Fischer, S./I. Dekha, I. et al. (2000): Working with Conflict – Skills and Strategies for Action. London
- Lederach, John Paul (1997): Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies, Herndon, VA: USIP Press
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (2007): Handreichung Transitional Justice
- Weingardt, Markus A. (2007): Religion Macht Frieden: Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten. Stuttgart: Kohlhammer



Diakonisches Werk der
Evangelischen Kirche
in Deutschland e.V.
für die Aktion "Brot für die Welt"
Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart
Staffenbergstraße 76
70184 Stuttgart

Telefon: 0711/2159-0
E-Mail: info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de